

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

FREMDENFENDLICHKEIT UND INTERETHNISCHE KONFLIKTE IN RUSSLAND DER BÜRGERKRIEG IN LIBYEN IN RUSSISCHEN UMFRAGEN

■ VON DER REDAKTION	
Die Osterpause und danach	2
■ ANALYSE	
Die Ereignisse in Moskau vom 11. Dezember 2010: Der ethnische Ausdruck der politischen Krise Von Emil Pain, Moskau	2
■ ANALYSE	
Aktuelle Entwicklungen der interethnischen Beziehungen im Bezirk Stawropol Von Andrew Foxall, Oxford	6
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Die Dezember-Krawalle auf dem Moskauer Manegenplatz in russischen Meinungsumfragen	10
Interethnische Konflikte in Russland	13
■ KOMMENTAR	
Das Problem der »Unterforschung« des postsowjetischen russischen Ultranationalismus Von Andreas Umland, Kiew	16
■ UMFRAGE	
Der Bürgerkrieg in Libyen in russischen Umfragen	18
■ RANKING	
»The World's Billionaires« – die Forbesliste 2011	22
Russische Milliardäre in der Forbesliste 2011	23
■ CHRONIK	
Vom 24. März bis zum 7. April 2011	26
■ PRESSEMITTEILUNG	
Ost-Ausschuss: Russland braucht mehr Wettbewerb	28

VON DER REDAKTION

Die Osterpause und danach

Die Russlandanalysen gehen für vier Wochen in die Osterpause. Die nächste Nummer erscheint am 5. Mai. Wir werden uns dann mit dem Polizeigesetz, Klimawandel, dem russischen WTO-Beitritt, Terrorismus und Armut befassen. Geplant ist auch eine Nummer über die russische Atompolitik.

Einstweilen wünschen wir Ihnen aber frohe Ostertage und gute Erholung

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

ANALYSE

Die Ereignisse in Moskau vom 11. Dezember 2010: Der ethnische Ausdruck der politischen Krise

Von Emil Pain, Moskau

Zusammenfassung

Die Zusammenstöße zwischen Ultranationalisten, Fußballfans, Zuwanderern und der Polizei, die am 11. Dezember 2010 auf dem Moskauer Manegen-Platz nach der Tötung eines Fußballfans durch einen Zuwanderer aus dem Nordkaukasus ausbrachen, haben erneut gezeigt, dass ethnische Konflikte und Xenophobie im heutigen Russland weiter ein kritisches Thema sind. Der vorliegende Beitrag analysiert, wie wachsende soziale Unsicherheit und Unzufriedenheit im heutigen Russland kanalisiert wird und in ethnischem Hass, Kaukasier- und Islamfeindlichkeit Ausdruck findet.

Eine dünne Linie

Eine bekannte russische Anekdote handelt davon, wie die Verschiebung des Kommas über das Leben eines Menschen bestimmt und darüber entscheidet, ob dieser verurteilt oder freigesprochen wird. Auch die Trennlinie zwischen der Annahme, dass soziale Probleme ein Thema für die ganze Bevölkerung sind, und der Vorstellung, dass bestimmte ethnische Gruppen die Schuld an gesellschaftlichen Übeln tragen, ist nur dünn. Kern der Ereignisse am 11. Dezember auf dem Manegen-Platz war der Wunsch, die sozialen Übel zu beseitigen – vor allem der Ruf nach gerechten Gerichten ohne Korruption –, von denen sich die übergroße Mehrheit der Russen betroffen fühlt, und deren Bekämpfung die Gesellschaft integrieren könnte. Doch die Forderungen der Jugend, die sich auf dem Platz versammelte, orientierten sich an Ethnizitäten und gaben direkt ethnischen Gruppen die Schuld an gesellschaftlichen Problemen. In einem multinationalen Staat verschärfen solche Anschuldigungen jedoch die Kluft innerhalb der Gesellschaft, provozieren gefährliche Konflikte und verringern deutlich die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Modernisierung.

Worauf zielte der soziale Protest?

Weder die Waldbrände bei Moskau noch die Schließung der Flughäfen im Winter, die Tausende Reisende stranden ließ, veranlassten die Bürger, auf die Straße zu gehen. Doch unter den Losungen »Russen, vorwärts!«, »Russland für Russen – Moskau für Moskauer!«, »Moskau ist nicht der Kaukasus!« versammelten sich am 11. Dezember 2010 zwischen 5.000 (Angaben des Moskauer Innenministeriums) und 12.000 Personen (Expertenschätzungen) auf dem Moskauer Manegen-Platz. Die Demonstranten wurden nicht in Bussen angekarrt, nicht bezahlt und auch nicht durch das Versprechen eines Popkonzertes auf den Platz gelockt. Dies war eine selbstorganisierte Aktion, die auf 15 andere Städte in Russland übergriff. Der Grad der öffentlichen Zustimmung und Sympathie für diese politische Aktion liegt nach Angaben von Sozialforschungszentren bei 25–27%. Ungefähr der gleiche Anteil gibt an, sich über die Zustimmung zu solchen Aktionen nicht sicher zu sein. Ist dies eine signifikante Größe, oder nicht?

Im Oktober 1922 marschierten 8.000 Schwarzhemden, die nur auf eine geringe Unterstützung in der italienischen Bevölkerung bauen konnten, nach Rom

und verhalfen Mussolini zur Macht. Die Ideen, die die Schwarzhemden wie auch die Teilnehmer des »Russischen Marsches« vom Manegen-Platz verbinden, sind die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und der »Wiedererweckung der Ehre einer erniedrigten Nation«. So »erhob« sich mit Italien ein Land »von den Knien«, das in den 1920er Jahren dem heutigen Russland insofern ähnelte, als es dort ebenfalls keine Gesellschaft gab, da die Bevölkerung in regionale Gruppen aufgespalten war. Der Norden hasste den Süden und dieser wiederum hasste den Norden.

Die Organisation des „Marsches“

In den 1920er Jahren gab es jedoch noch kein Internet und keine sozialen Netzwerke, mit deren Hilfe fast auf einen Schlag zehntausende Menschen mobilisiert werden konnten, wie am 11. Dezember in Moskau zu sehen war. Das Mobilisierungspotenzial wird durch Auszüge aus sozialen Netzwerken illustriert: *»Die Gruppe selbst entstand am 12. Dezember 2010. Bis dahin hatten wir nur ein Treffen, jetzt aber sind es mehr als 5.000 Mitglieder«*; ein weiterer Beitrag erklärt, *»die Idee, auf den Manege-Platz zu ziehen, entstand unmittelbar nach der erfolgreichen Blockade der Leningrader Chaussee, wir stellten diese Information sofort ins Netz.«* Zur Dynamik: *»Wir sind seit dem 6. Dezember in Kontakt [dem Todestag des Fußballfans Jegor Swiridowa, der die Unruhen auslöste, a.d.Ü.], das Treffen selbst wurde, wie bekannt, für den 11. Dezember angekündigt... für das Treffen registrierten sich im Voraus über 9.000 Personen«*; zur Organisation: *»Die Gruppe, die die Aktion in Ostankino vorbereitet hatte, setzte sich mit denen in Verbindung, die die Manege-Aktion angekündigt hatten. Ihnen schien der Organisationskreis zu klein und so baten sie uns bei der Mobilisierung um Hilfe.«*

Und so wurde die Aktion organisiert. Dutzende freiwillige Koordinatoren zwischen 14 und 20 Jahren schafften es, mehrere Tausend Menschen zu mobilisieren. Selbstverständlich gab es auch erfahrenere Organisatoren, die die Gruppe nutzen. Sie verwendeten andere, verdeckte Koordinationsformen, darunter konspirative Wohnungen. Alle Beteiligten waren durch eine gemeinsame Idee vereint, ähnlich der, die aus einem anonymen Brief an General W. Schamanow (Kommandeur der russischen Luftlandetruppen) hervorgeht, der im Internet zirkuliert.

In diesem Brief wird der Einsatz von »Luftlandetruppen des russischen Volkes« nicht nur im Kampf gegen die »kaukasische Gesetzlosigkeit«, sondern auch gegen die »Untätigkeit der Behörden« gefordert. Unzufrieden mit beiden Umständen sucht sich die nationalistische Jugend einen Anführer in den Reihen der Militärs. In diesem Zusammenhang scheint ein neuer »Fall

W. Kwatschkow« nicht nur bloße Phantasie. Kwatschkow wird beschuldigt, in einigen russischen Städten Volkswehr-Einheiten organisiert zu haben, die auf seinen Befehl militärische Einrichtungen übernehmen und nach Moskau marschieren sollten um dort die »Patriotische Jugend« zu unterstützen. Ein solches Szenario ist nicht unwahrscheinlich und wäre in ihrer Tragweite durch die Metapher »Explosion« am besten dargestellt. Allerdings sind bis 2012 andere Tendenzen und Gefährdungen noch wahrscheinlicher.

Der Wandel von Fußballfans zu Stürmern

In den 1990er Jahren gab es in Russland eine Vielzahl von Problemen, die sozialen Prozesse entwickelten sich jedoch in eine ähnliche Richtung wie in anderen Ländern des globalen Nordens. So zeigte die russische Jugend eine große Bereitschaft zu Modernisierung und im Vergleich zu älteren Menschen ein hohes Niveau an ethnischer Toleranz. Doch seit Beginn der 2000er Jahre veränderte sich diese Situation – ausgerechnet die Jugend wurde zum zentralen Träger von Traditionalismus und Xenophobie.

In den 1990er Jahren waren Auseinandersetzungen zwischen Fußballfans und Nationalisten/Neonazis charakteristisch. In Fankreisen wurde die Legende verbreitet, wonach ein Fan von Spartak-Moskau von Nazi-Skinheads mit seinem eigenen Spartak-Schal aufgehängt wurde. Nach 2000 wandelte sich der Hass in Liebe. Seitdem wurden Dutzende von Fällen gemeinsamer bewaffneter Gewalttaten durch Nationalisten und Fußballfans in vielen Städten registriert, die eindeutige Merkmale von rassenistischem und ethnischem Hass tragen. Parallel dazu fand eine Ethnisierung der Protestbewegungen der erwachsenen Bevölkerung statt. Dies geschah zum Beispiel während der Massenproteste gegen die sogenannte »Monetarisierung der Vergünstigungen«, die in einigen Städten zu offen xenophoben Losungen führte, sowie nach den Ereignissen von Kondopoga im Jahr 2006 und einer Vielzahl weiterer lokaler Zusammenstöße in ganz Russland.

Die Konstruktion des ethnisch Russischen gegen ein ethnisch »Anderes« geschah in Reaktion auf die Konsolidierung der ethnischen Minderheiten. Beschleunigt wurde dieser Prozess durch die Kriege in Tschetschenien und noch mehr durch Putins Politik der öffentlichen Verdächtigung: *»überall sind Feinde, die große Stücke von unserem Territorium an sich reißen wollen«*; *»äußere Feinde ermutigen innere Feinde«* und ähnliches mehr. All dies schuf die Psychologie einer »erniedrigten Nation«. Weiter vorangetrieben wurde die Ethnisierung durch Politiker aller Couleur. Das wachsende Mobilisierungspotenzial erkannten zu Beginn eine Vielzahl von Vertretern neuer nationalistischer Parteien, Gruppen und

Bewegungen. Doch auch ältere Parteien suchten zunehmend dieses Potenzial zu nutzen, wie zum Beispiel die Liberal-Demokratische Partei Russland (LDPR), die ihren Parteislogan »Wir kühlen unsere Stiefel im Indischen Ozean« in einen erfolversprechenderen änderte: »Wir treten für die Armen, für die Russen ein!« Auch die Kommunistische Partei Russlands (KPRF) änderte ihre ursprüngliche Position des »Internationalismus« in Richtung einer Partei der ethnischen Mehrheit. Zu den Präsidentschaftswahlen 2008 wurde der Vorsitzende der KPRF folgendermaßen dargestellt: *»Sjuganow wird von der Weltregierung und der Putin-Mannschaft nicht nur deswegen gemieden, weil er Kommunist ist, sondern weil er der einzige Präsidentschaftskandidat ist, der nach Blut und Geist russisch ist.«*

Selbst einige Politiker, die sich als Liberale bezeichnen, entwickelten die Idee eines »liberalen Nationalismus«. Das Einzige, was dabei vom Liberalismus übrig bleibt, ist sein Name – was jedoch ausreicht um einen Erfolg unter russischen Nationalisten auszuschließen. In deren Augen sind »Liberale« gleichbedeutend mit »Feinden«, »Ausländern« und »Schwulen«. Zudem widersprechen die Ideologien verschiedenster Strömungen des russischen Nationalismus dem Liberalismus grundlegend, da sie sich gegen die Freiheit und noch mehr gegen Gleichberechtigung aussprechen. Ihre Forderung ist es, die dominierende Rolle und den besonderen Status des russischen Volkes als alleinig staatsbildendes Volk rechtlich zu verankern.

Der Drive der Macht – mit geschlossenen Augen handeln

Die in den russischen Massenmedien gängige Meinung, dass die Ereignisse auf dem Manegen-Platz von den Behörden provoziert wurden, ist m.E. ganz falsch. Die Staatsmacht ist von diesen Ereignissen, die sich vollkommen jenseits ihrer Pläne entwickelten, ernsthaft erschreckt. Sie kann Wachstum und Verhalten des russischen Nationalismus immer weniger kontrollieren und fürchtet diesen immer mehr. Die Worte »russischer Nationalismus« nimmt sie nicht in den Mund.

Die Versuche der Staatsmacht, einen lenkbaren oder manipulierbaren Typ Nationalismus zu schaffen, sind gescheitert. So wurde das eigene Projekt, die Partei »Rodina« (Heimat), nach deren Überraschungserfolg 2003 schnell wieder ruiniert. Die Führung führte den 4. November als Feiertag ein (Tag der Nationalen Einheit) und fürchtet ihn jetzt. OMON-Einheiten der Spezialpolizei, werden nun alljährlich aufgeföhren, um den »Russischen Marsch« mit Tausenden von Teilnehmern zu kontrollieren. Eben am 4. November 2010 hatten jene geübt, die im Dezember auf dem Manegen-Platz waren.

Heute lässt sich der Nationalismus weder zählen noch als Verbündeter der Staatsmacht gewinnen, da er primär auf Proteststimmungen basiert. Auch benötigt er nicht mehr den Rückhalt der Behörden, deren Versuche, sich als »ihre Freunde« auszugeben, verfehlt sind.

Die politische Führung kann den Nationalismus nicht mehr kontrollieren, sie kann ihn jedoch vorantreiben. Nach den ethnischen Ausschreitungen in Kondopoga (2006) sprachen die Behörden von der Notwendigkeit, *»den Vorrang der einheimischen Bevölkerung zu garantieren«*; nach dem Krieg in Georgien (2008) wurde die Einführung von Quoten für in Russland lebende Ausländer beantragt. Nach den Ereignissen auf dem Manegen-Platz diskutierte der Staatsrat am 27.12.2010 nicht nur über Einreisebeschränkungen für ausländische Staatsbürger, sondern auch über eine Begrenzung der Binnenmigration – des Umzugs russischer Staatsbürger, die ihren Wohnsitz von einer Region in eine andere verlegen. Diese Vorschläge scheinen absurd. Selbst Anhänger einer Einreisebeschränkung ausländischer Staatsbürger gehen davon aus, den dadurch entstehenden Verlust durch Binnenmigration auszugleichen. Ihrer Ansicht nach sollten *»in Moskau tadschikische und kirgisische Straßenfeger durch solche aus Rjasan ersetzt werden«*. Aber was heißt Straßenfeger, gut die Hälfte des Kremls und des Weißen Hauses sind Binnenmigranten – die beiden höchsten Staatsämter und auch der neue Moskauer Bürgermeister kamen aus anderen Föderationssubjekten nach Moskau. Die Demonstranten auf dem Manegen-Platz forderten jedoch eine Beschränkung der Binnenmigration allein für Bewohner bestimmter Regionen im Süden Russlands und bestimmter Nationalitäten. Somit ist für alle klar, gegen wen Verschärfungen der Registrationsbestimmungen gerichtet sind.

Die vermehrten Zugeständnisse an die Nationalisten führen zu immer weitergehenden Forderungen. Aktuell fordern Nationalisten nicht nur Einreisebeschränkungen für »fremde« Nationalitäten nach Moskau, sondern auch die Deportation derer, die schon früher gekommen sind. Und wie sollen die Bürger dieses großen Landes reagieren, denen die Einschränkung ihrer Rechte droht und gleichzeitig (auf eben jener Staatsratssitzung) zugerufen wird, einen gesamtrussischen Patriotismus zu entfalten?

Die Gefahr besteht nicht nur darin, dass die Zahl der lokalen, ethnischen Auseinandersetzungen zunimmt, die sich schon heute wie ein Masern-Ausschlag über das ganze Land verbreiten. Nach vorläufigen Angaben des SOVA-Zentrums starben im Jahr 2010 bei ethnischen Auseinandersetzungen in 44 Regionen 37 Personen, mindestens 368 weitere wurden verletzt.

Religiöse Mobilisierung

Wenn sich soziale Unzufriedenheit in Regionen mit vorwiegend ethnisch russischer Bevölkerung durch steigende ethnische Spannungen ausdrückt, so wird in den Republiken, die historisch mit dem Islam verbunden sind, die ethnische Mobilisierung durch eine religiöse Mobilisierung ersetzt.

In Russland hat sich eine Sonderzone herausgebildet – die Republik Tschetschenien –, in der sich ein theokratisches Regime etabliert hat, das allein mit Ländern wie Iran, Sudan oder Afghanistan unter den Taliban verglichen werden kann. In der Republik sind alle Frauen, nicht nur in staatlichen Einrichtungen, sondern auch Schüler- und Studentinnen verpflichtet, Kopftücher, lange Röcke und andere Attribute einer religiösen Kleidung zu tragen. Wegen Verletzung dieser Vorschriften mussten schon Dutzende von Frauen leiden. So wurde am 13. September 2010 eine Frau in Grosny, die kein Kopftuch trug, mit Paintball-Gewehren beschossen. Begleitet wurde dies durch die Aufforderung: *»Bindet ein Kopftuch um! Zieht Euch an, wie es sich gehört, Schlampen!«* Eine Videoaufzeichnung eines solchen Überfalls wurde auf YouTube gestellt. Ramsan Kadyrow, Republikoberhaupt in Tschetschenien, kommentierte diese Ereignisse im Fernsehsender »Grosny« folgendermaßen: *»Wenn ich sie (die Schützen – E.P.) finde, werde ich ihnen meinen Dank ausdrücken.«* Als im November 2008 in Grosny sieben ermordete Frauen entdeckt wurden, erklärte Kadyrow beim Verlassen einer Moschee, warum die jungen Frauen den Tod verdienten. Ihm zufolge waren sie unmoralische Frauen und ihre männlichen Verwandten hätten sie berechtigterweise ermordet, um die Familienehre zu schützen. Im September 2010 kommentierte der tschetschenische Präsident die Mitteilung, eine Tschetschenin habe sich bei der Polizei über die brutale Behandlung durch ihren Vater beschwert, mit den Worten: *»Männer sollten die Möglichkeit haben, ihre Tochter zu töten.«* Die Kadyrow-Stiftung finanziert massenweise »Heilverfahren« – Teufelsaustreibungen, deren äußeres Merkmal darin besteht, dass die, von der »Krankheit« betroffenen Personen ausgepeitscht werden. Daud Selmursajew, Leiter der Einrichtung, in der dieses Verfahren angewendet wird (Zentrum für Islamische Medizin, vor weniger als zwei Jahren in Grosny eröffnet), teilt in einem Gespräch mit Kadyrow mit, dass mit diesem Verfahren über 130.000 Patienten vom Teufel befreit worden seien (was einem Drittel der erwachsenen tschetschenischen Bevölkerung entspricht). Möglich ist, dass dieses Verfahren bei den

Patienten das Niveau des gesamtrussischen Patriotismus erhöht, weshalb Kandidaten der »Partei der Macht« (Einiges Russland) in der Republik mehr als 100 % der Stimmen erzielen. Über das restliche Territorium gibt es nur allgemeine Informationen über die Bräuche, die in der tschetschenischen Republik vorherrschen. Obwohl die Informationslage sehr dünn ist, fördert das, was an die Außenwelt dringt, nicht unbedingt den Stolz auf ein Land, das auf seinem Staatsgebiet solch einen Biotope mit, vorsichtig ausgedrückt, »weniger weltlichen Verhaltensnormen« geschaffen hat.

Die Sozialtherapie Kadyrows führte zu einer Auswanderung der tschetschenischen Bevölkerung in andere Regionen Russlands und hat schon allein dadurch einen Einfluss auf das ganze Land. Die Größe der Auswanderung aus Tschetschenien und anderen Republiken ist schwierig zu messen, da es sich um Binnenmigranten handelt, die ihre bisherige Registrierung beibehalten, jedoch mehrheitlich in zentralen Regionen Russlands leben, wo sie Objekte massenhafter xenophober Anfeindungen sind. Hervorzuheben ist, dass russische Staatsbürger, die aus dem Nordkaukasus stammen, ein viel größeres Ausmaß an ethnischem Hass auf sich ziehen, als Migranten aus der GUS. Das Verhältnis zwischen ethnischen Russen und Neuankömmlingen aus dem Nordkaukasus ist am konfliktreichsten, da diese meist *demonstrativ ihr Recht bekräftigen, ihre spezifischen Verhaltensweisen in der neuen Umgebung beizubehalten.*

In anderen Republiken mit muslimischen Bevölkerungsanteilen werden soziale Konflikte meist als Konflikte zwischen traditionellen und in Russland nicht traditionellen Formen des Islam ausgetragen, wie z. B. dem salafitischen Islam. Dieser Prozess, der seinen Anfang Ende der 1990er Jahre im Nordkaukasus nahm, tritt heute umso stärker im Zentrum Russlands zu Tage, besonders in den Republiken der Wolgaregion. Waliulla Jakunow, stellvertretender Mufti der Republik Tatarstan bemerkt hierzu, dass *»die Mehrheit der Jugend Anhänger religiöser Kulturen ist, die aus dem Ausland nach Russland gelangten und als Wahhabismus bezeichnet werden können. Sich selbst bezeichnen sie jedoch als Salafiten.«* Des weiteren merkt er an: *»Die Evolution dieser Entwicklung zu kennen, so zum Beispiel in den Republiken des post-sowjetischen Raumes, in denen die Islamisierung höher ausfällt als in Tatarstan, ermöglicht uns zu sehen, was uns erwartet.«*

Und was erwartet das ganze Land? Bisher nur eines – eine wachsende Radikalisierung gegeneinander kämpfender Gruppen in einer gespaltenen Gesellschaft.

Übersetzung: Christoph Laug

Über den Autor

Professor Emil Pain ist Generaldirektor des Zentrums für Ethnisch-Politische und Regionale Studien und Professor an der Russischen Staatlichen Universität – Higher School of Economics in Moskau.

Aktuelle Entwicklungen der interethnischen Beziehungen im Bezirk Stawropol

Von Andrew Foxall, Oxford

Zusammenfassung

Interethnische Beziehungen und Konflikte gewinnen im heutigen Russland zunehmend an Bedeutung. Dies trifft im besonderen auf den Nordkaukasus zu, wo anhaltende Unsicherheit kombiniert mit einer stagnierenden Wirtschaft zu wachsendem russischen Nationalismus, Xenophobie und der Angst vor Einwanderung führen. Im Bezirk Stawropol, dem einzigen Gebiet im Föderalbezirk Nordkaukasus, in dem ethnische Russen die Mehrheit stellen, ist die Lage besonders bedrohlich. Die Zunahme von interethnischen Spannungen und interethnischer Gewalt zeigt, dass die Durchschnittsbürger ihr eigenes Verständnis von interethnischen Beziehungen haben, das in scharfem Kontrast zum offiziell propagierten „ewigen interethnischen Frieden« steht.

Spannungen in den interethnischen Beziehungen

Am 10. September 2010 wurde eine 220 Wörter umfassende Petition ins Internet gestellt, in der Russlands Präsident Dmitrij Medwedew aufgefordert wurde, die Grenzen des Föderalbezirks Nordkaukasus zu verändern. Die Forderung lautete, den Bezirk Stawropol aus dem Föderalbezirk Nordkaukasus aus- und in den Südlichen Föderalbezirk einzugliedern. Kaum eine Woche nach Veröffentlichung der Petition, am 15. September 2010, kam es in der Stadt Stawropol zu Gewalttätigkeiten zwischen 80 Jugendlichen (30 ethnischen Russen und 50 ethnischen Kaukasiern). Diesen folgten kleinere Schlägereien am 19. und 26. September in Stawropol.

Obwohl diese zwei Ereignisse, die Online-Petition und die Zusammenstöße, auf den ersten Blick nicht miteinander in Verbindung stehen, sind sie beide für die Zunahme von russischem Ethnonationalismus im Bezirk Stawropol bezeichnend, einem Gebiet, das seit langem als letzte Bastion des Einflusses Russlands im „barbarischen« Nordkaukasus gilt. Wenngleich das Ausmaß interethnischer Gewalt im Bezirk Stawropol gegenwärtig unter dem von 2007 liegt, bedeutet die Verminderung der Gewalt in den letzten vier Jahren keineswegs eine Stabilisierung der Lage.

Nach Angaben der Moskauer Nichtregierungsorganisation »SOVA-Zentrum« sind ethnonationale Übergriffe auf ethnische Kaukasier im Bezirk Stawropol seit 2004 gestiegen. Die jüngsten Ereignisse, darunter die Online-Petition und die Ausschreitungen im September 2010, deuten nicht darauf hin, dass interethnische Gewalt abflaut. Inmitten der sich ausweitenden islamischen Aufstandsbewegung und der wirtschaftlichen Unsicherheiten im Nordkaukasus beginnt die Stawropoler Bevölkerung, die Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, was mit Sicherheit zu weiteren interethnischen Spannungen führen wird.

Instabilität im Föderalbezirk Nordkaukasus

Die Republiken im Nordkaukasus zeichnen sich durch einen nahezu ununterbrochenen Kreislauf von Gewalt, Aufständen und Unterdrückung aus. Die Gewalt, die anfangs auf Tschetschenien beschränkt war, breitete sich auf die Nachbarrepubliken Inguschetien und Dagestan (wo ein latenter Bürgerkrieg schwelt) und weiter in die Republiken Kabardino-Balkarien, Karatschai-Tscherkessien und Adygeja aus, welche sich Experten zufolge allmählich in ein einziges großes Schlachtfeld verwandeln. Bisweilen ist die Gewalt auch bis in den Bezirk Stawropol vorgedrungen, am deutlichsten im Jahr 1995 bei der Geiselnahme im Krankenhaus von Budjonnowsk und 2003 beim Anschlag auf einen Zug in Jessentuki. In jüngster Zeit sind Einsätze russischer Sicherheitskräfte und Militäreinheiten zur Bekämpfung von Aufständischen im Bezirk Stawropol ein Indiz, aus dem manche politische Analytiker auf die Ausweitung der Aufstände schließen.

Im Gefolge der Destabilisierung des Nordkaukasus werden die ethnischen Beziehungen im Bezirk Stawropol zunehmend gewalttätiger. Dies spiegelt die Situation in ganz Russland wider, wo das Niveau an russischem Ethnonationalismus, parallel zur Verschlechterung der Lage im Nordkaukasus, angestiegen ist. In der Tat ist die Diskriminierung von ethnischen Minderheiten in Russland weit verbreitet – trotz der Verpflichtung zu allgemeinen Menschenrechten in Artikel 19 der russischen Verfassung. Besonders betroffen sind ethnische Gruppierungen aus dem Nordkaukasus, da *Kawkasofobija* (Kaukasier-Feindlichkeit) nahezu alle Gesellschaftsbereiche durchdrungen hat. Ludmilla Aleksejewa, Vorsitzende der Moskauer Helsinki-Gruppe, bezeichnete *Kawkasofobija* im Oktober 2002 als „definitiv größtes Problem, mit dem Russland heutzutage konfrontiert ist. Sie ist in allen Bereichen der Bevölkerung sehr verbreitet.«

Demographische Ängste im Bezirk Stawropol

Entscheidend für den wachsenden Nationalismus, die Xenophobie und die Angst vor Einwanderung im Bezirk Stawropol ist die demographische Situation. Nach Angaben der Volkszählung von 2002 ist der Bezirk Stawropol das einzige Gebiet im Föderalbezirk Nordkaukasus mit einer ethnisch russischen Mehrheitsbevölkerung (81,6 %) im Vergleich zu 3,7 % in Tschetschenien und 1,2 % in Inguschetien. Dies stellt einen Rückgang des ethnisch russischen Bevölkerungsanteils im Bezirk Stawropol dar: von 91,3 % (1959) über 87,8 % (1979) auf 84 % (1989). Diese »De-Russifizierung« spiegelt die Einwanderung von ethnischen Kaukasiern und die Abwanderung ethnischer Russen (kombiniert mit einer geringeren natürlichen Wachstumsrate) wider. Diese Situation wird vom Kreml und der russischen Gesellschaft als politisch sensibel angesehen, da der Rückzug ethnischer Russen aus dem Bezirk Stawropol seit langem mit Kontrollverlust im Nordkaukasus gleichgesetzt wird.

Mit dem schnellen Wachstum nichtrussischer Ethnien in den Nordkaukasus-Republiken setzte eine Migration in Regionen außerhalb der Republiken ein, die traditionell von ethnischen Russen bewohnt waren. Dies führte dazu, dass sich die ethnischen Russen zunehmend als eine gefährdete Minderheitsgruppe sehen. Im Rayon Neftekumsk zum Beispiel, der im Südosten des Bezirks Stawropol an Dagestan grenzt, machte die ethnisch russische Bevölkerung im Jahr 2002 gerade einmal 37,6 % der Bevölkerung aus, im Jahr 1970 lag ihr Anteil noch bei 52,7 %. In den Rayons entlang der südlichen und östlichen Grenze des Bezirks, darunter der Rayon Neftekumsk, kommt es zur räumlichen Segregation der ethnischen Gruppen, die sich anscheinend im gesamten Bezirk Stawropol ausbreitet.

Ethnische Konflikte im Bezirk Stawropol bis 2007

Nach Angaben von Amnesty International aus dem Jahr 2006 haben die russischen Behörden einen Zustand der »Straflosigkeit« gegenüber ethnischer Diskriminierung und gewaltsamen ethnischen Übergriffen geschaffen. Berichte des Moskauer SOVA-Zentrums geben an, dass rassistisch motivierte Angriffe im Bezirk Stawropol zurückgegangen sind (von 21 Angriffen im Jahr 2005 auf 8 im Jahr 2009), ethnische Gewalt dagegen zugenommen hat. (Genauere Angaben über Fälle ethnischer Gewalt sind auf Grund chronisch dürftiger Berichterstattung, vor allem in ländlichen Gebieten, schwer aufzutreiben.)

Die interethnischen Beziehungen wandelten sich seit dem Ende der Sowjetunion ständig, das Gewaltpotential war stets vorhanden. Als Reaktion auf den ersten

Tschetschenienkrieg und die starke Zuwanderung ethnischer Kaukasier in den Bezirk Stawropol verabschiedete die politische Führung des Bezirks in den 1990er Jahren streng überwachte Migrationsregeln. Anders als im benachbarten Bezirk Krasnodar wurden die Migrationsregeln in Stawropol aber vom russischen Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Die Bezirksbehörden postierten daraufhin Kosakeneinheiten an den Grenzen zu Tschetschenien und Dagestan. Gleichzeitig gewannen russische nationalistische Bewegungen im Bezirk deutlich an Zulauf; besonders aktiv war die Bewegung »*Russische Nationale Einheit*« in den späten 1990er Jahren.

Ethnische Auseinandersetzungen breiteten sich seit dem Jahr 2000 in Folge der Instabilität in Tschetschenien (das im Südosten an den Bezirk Stawropol grenzt) und anderen Regionen immer weiter aus. Konflikte mit ethnisch kaukasischen Gruppen über gleichen Zugang zu Bildung, Arbeitsplätzen, Wohnungen und Land sind in den südlichen und östlichen Rayons des Bezirks an der Tagesordnung. Vereinzelt erreichen solche Konflikte die Hauptstadt Stawropol selbst. So im November 2010, also eine Massenschlägerei zwischen 60 ethnischen Turkmenen und ethnischen Armeniern auf einer Baustelle ausbrach. In jüngster Zeit ist die *Union Slawischer Gemeinschaften* (die aus einer Spaltung der *Russischen Nationalen Einheit* hervorgegangen ist) in Stawropol bei der Koordinierung russischer ethno-nationalistischer Initiativen, der Unterstützung von Aktionen militanter Kosaken und dem gewaltsamen Widerstand gegen eine ethnisch kaukasische Einwanderung in den Bezirk besonders aktiv.

Nach einem Bombenanschlag vor dem Kultur- und Sportpalast in Stawropol im Mai 2010 durch russische Nationalisten teilte Wladimir Nesterow, Vorsitzender der *Union Slawischer Gemeinschaften* in Stawropol, mit, dass die in großem Umfang erfolgende Einwanderung ethnischer Kaukasier in den Bezirk von der ethnisch russischen Mehrheit für inakzeptabel befunden wird. Auch wenn man die Meinung mancher Kommentatoren, dass russische Nationalisten und islamische Extremisten voneinander profitieren, bezweifeln kann, so ist richtig, dass viele russische nationalistische Gruppen die wahrgenommene »Gesetzlosigkeit« in den Republiken als Grund für ihre Aktivitäten im Bezirk Stawropol angeben.

Ethnische Unruhen im Jahr 2007

Die starken ethnischen Spannungen – die seit etlichen Jahren erkennbar waren – führten zwischen Ende Mai und Juni 2007 in der Hauptstadt Stawropol zu Krawallen und zum Tod von drei Jugendlichen (zwei ethnischen Russen und einem ethnischen Tschetschenen). Spezial-

einheiten der Polizei (OMON) und lokale Polizeikräfte griffen während der Ausschreitungen gemeinsam mit Nationalisten, darunter Mitgliedern der heute verbotenen »Bewegung gegen Illegale Einwanderung« (DPNI) ethnische Kaukasier an. Anscheinend schlossen sich auch Kosaken der Forderung von Nationalisten an, ethnische Kaukasier aus Stawropol hinauszuerwerfen. Diese Ausschreitungen – die weniger als ein Jahr nach den ethnischen Auseinandersetzungen in Kondopoga (Karelien) ausbrachen – waren Ausgangspunkt für Versuche der regionalen Behörden, die interethnischen Beziehungen zu regeln, da die Behörden die bestehenden Strategien und Programme unter dem Eindruck der Ausschreitungen analysierten und überarbeiteten. Dennoch kam es weiterhin zu ethnischen Konflikten in diesem Bezirk. Im Rahmen einer größeren Kampagne russischer Nationalisten, vorgetäuschte Angriffe kaukasischer oder muslimischer Gruppen zum Anheizen xenophober Stimmungen und Aktionen zu nutzen, wurde Anfang 2008 eine Bombenattrappe in der Abteilung des Föderalen Sicherheitsdienstes in Newinomyssk abgelegt. 2009 kam es zu interethnischen Zusammenstößen in Pelagiade, Rayon Isobilnensk (August 2009); Irgakly, Rayon Stepnowsk (Juni 2009); Georgiewskij, Rayon Predgor-nij (Mai und Juni 2009) sowie in der Stadt Stawropol (April 2009). Obwohl diese Zusammenstöße viel beachtet wurden, erreichte das Ausmaß der Unruhen nicht das des Jahres 2007.

Ereignisse seit 2010

Die Online-Petition von September 2010, die Präsident Medwedew aufforderte, Russlands Föderale Bezirksstruktur so zu verändern, dass der Bezirk Stawropol aus dem Föderalbezirk Nordkaukasus aus- und in den Südlichen Föderalbezirk eingegliedert wird, zeigt eine Unzufriedenheit, die seit einigen Monaten in Stawropol schwelt. Die 220 Wörter umfassende Petition, die am 10. September 2010 ins Internet gestellt wurde, erhielt innerhalb weniger Tage mehr als 10.000 Unterschriften. Die Petition unterstellte, dass die Zusammenlegung des Bezirks Stawropol mit den Nordkaukasus-Republiken bei der Bildung des Föderalbezirks Nordkaukasus für die Bewohner des Bezirks Stawropol zu einer Vielzahl von Problemen geführt hatte. Die Migration ethnischer Kaukasier sei ebenso gestiegen wie die Zahl der Gewalt- und Straftaten. Obwohl sich zwischen Januar und September 2010 drei Terroranschläge im Bezirk Stawropol ereigneten, ist unklar, ob diese auf die Integration des Bezirks in den Föderalbezirk Nordkaukasus zurückzuführen sind.

Jurij Schepelin, Erster Stellvertreter der Stawropol-er Stadtverwaltung, teilte am 20. September 2010 mit, dass es seit der Veröffentlichung der Internet-Petition

einen starken Anstieg der Konfliktbereitschaft bei ethnisch russischen und ethnisch kaukasischen Jugendlichen in Stawropol gegeben habe. In einem radikalisierten Umfeld führen ethnische Spannungen dazu, dass banale Konflikte rasch in Unruhen und Massenschlägereien enden, so geschehen am 15. September, als ein Streit zwischen zwei Studenten in Massenunruhen zu eskalieren drohte. 80 Jugendliche (30 ethnische Kaukasier und 50 ethnische Russen) wurden festgenommen. Aus Angst vor einer erneuten Eskalation der Gewalt wie im Jahr 2007 erhöhten die lokalen Sicherheitskräfte ihre Präsenz und richteten bewaffnete Eingreifgruppen ein, u. a. mit Kosaken, in Stawropol patrouillierten und Versammlungen von Jugendlichen verhindern sollten. Am 19. September wurden trotz dieser Anstrengungen acht ethnische Kaukasier von ethnisch slawischen Jugendlichen im Park des Sieges zusammengeschlagen. Am darauf folgenden Tag versammelte sich im Park des Sieges eine Gruppe größtenteils ethnisch kaukasischer Jugendlicher, die im Stadtzentrum willkürlich Personen attackierten. Der Sicherheitsrat der Stadt Stawropol verabschiedete daraufhin Einschränkungen der Versammlungsfreiheit sowie des Unterhaltungsangebots. Sämtliche Erholungseinrichtungen standen unter dem Verdacht, Schauplätze krimineller Übergriffe zu sein. Am 26. September ereignete sich dennoch eine Massenschlägerei zwischen 55 Jugendlichen in der Nähe des Prospekts der Oktoberrevolution.

Ohne die ethnisch russischen Jugendlichen von jeglicher Verantwortung freizusprechen, ist das Problem des Verhaltens ethnisch kaukasischer Jugendlicher in Russland nichts Neues. Wladimir Schwetsow, Stellvertreter des »bevollmächtigten Vertreters des Präsidenten« im Föderalbezirk Nordkaukasus, empfahl im Juli 2010 nach Zusammenstößen in Tuapsew, Bezirk Krasnodar, dass die Behörden der Nordkaukasus-Republiken ihre Jugendlichen aufklären sollten, wie diese sich bei Reisen in russischsprachige Regionen verhalten sollten. Shewtsow zufolge berücksichtigen die Jugendlichen aus den Nordkaukasus-Republiken nicht die Gefühle und Ansichten anderer Personen, wenn sie in Regionen wie den Bezirk Stawropol reisen. Dabei würden sie keine Gesetze, jedoch »Verhaltensnormen« brechen.

Obwohl interethnische Spannungen seit Anfang des Jahres 2011 halbwegs unter Kontrolle gehalten wurden – Mitteilungen zufolge kam es allerdings zu einer Reihe kleinerer Schlägereien zwischen ethnischen Armeniern und Tschetschenen im Rayon Kurskij –, deuten die jüngsten Ereignisse nicht darauf hin, dass es dabei bleiben wird. Vor allem der Bombenanschlag vom 24. Januar 2011 auf dem Moskauer Flughafen Domodedowo, Angaben zufolge von einem Mitglied des »Nogai Jamaats« durchgeführt (das seinen Sitz im Rayon Nef-

tekumsk im Osten des Bezirks Stawropol hat), führte Anfang Februar im Rayon Kotschubejewsk (im Südwesten des Bezirks) zu Zusammenstößen zwischen russischen Sicherheitskräften und mutmaßlichen militanten Islamisten, bei denen fünf Islamisten und drei Sicherheitskräfte getötet wurden. Verschiedenen Angaben zufolge kam es im Vorfeld der Beerdigung der drei Sicherheitskräfte am 17. Februar in der Stadt Stawropol zu einer Reihe von Auseinandersetzungen zwischen russischen Nationalisten und ethnischen Kaukasierern.

Ausblick: Rhetorik und Realität des interethnischen Friedens

Die Zunahme von russischem Nationalismus und die Ausbreitung der Aufstandsbewegung und des Terrorismus in den Nordkaukasus-Republiken stellen ein gefährliches Potential für eine weitere Eskalation xenophober Gewalt und ethnischer Konflikte im Bezirk Stawropol dar. Die ethnisch motivierten Gewalttaten zeigen, dass die einfache Bevölkerung ihr eigenes Verständnis von interethnischen Beziehungen hat. Verbunden mit dem aktuellen Ausmaß an Kaukasier-Feindlichkeit trägt dieses Verständnis mit Sicherheit zu weiterer Gewalt in diesem Bezirk bei, da sich Einzelne auf Grund

der aktuellen sozialen, ökonomischen und politischen Lage zunehmend radikalisieren.

Die Ereignisse in Moskau, vor allem die russisch-nationalistische Ausschreitungen im Dezember 2010 – die größten im heutigen Russland – sowie weitere Proteste in ganz Russland – darunter in Rostow am Don, wo einige Hundert ethnische Slawen gegen Kaukasier in der Stadt protestierten – verdeutlichen, dass kaukasierfeindliche Einstellungen (*Kawkasofobija*) im heutigen Russland weit verbreitet sind. Die verhaltene Reaktion von Präsident Medwedew auf die Ausschreitungen im Dezember deutet darauf hin, dass der Kreml in Bezug auf die wachsenden interethnischen Spannungen weiterhin nichts unternehmen wird. Die jüngsten Ereignisse im Bezirk Stawropol weisen jedoch darauf hin, dass solch eine Strategie nicht länger aufrechtzuerhalten ist und die Anwendbarkeit des Sowjet-Slogans vom »ewigen interethnischen Frieden« von den Behörden auf Bezirks- und Föderalebene nun endgültig ausgeschlossen ist. Angesichts der Unterentwicklung der Zivilgesellschaft in Russland könnte der Kreml sich gezwungen fühlen, zunehmend russisch-nationalistische Rhetorik in seine Politik aufzunehmen.

Über den Autor

Andrew Foxall ist Doktorand an der Fakultät für Geographie und Umwelt der Universität Oxford. Er promoviert zu ethnischen Beziehungen im Bezirk Stawropol.

Lesetipps

- Foxall, Andrew (2010): 'Discourses of Demonisation: Chechens, Russians, and the Stavropol' riots of 2007', *Geopolitics*, 15(4), S. 684–704.
- Tsvetkov, Oleg (2006): 'Ethnic Russians Flee the North Caucasus', *Russian Analytical Digest*, 7: Migration, S. 9–13.

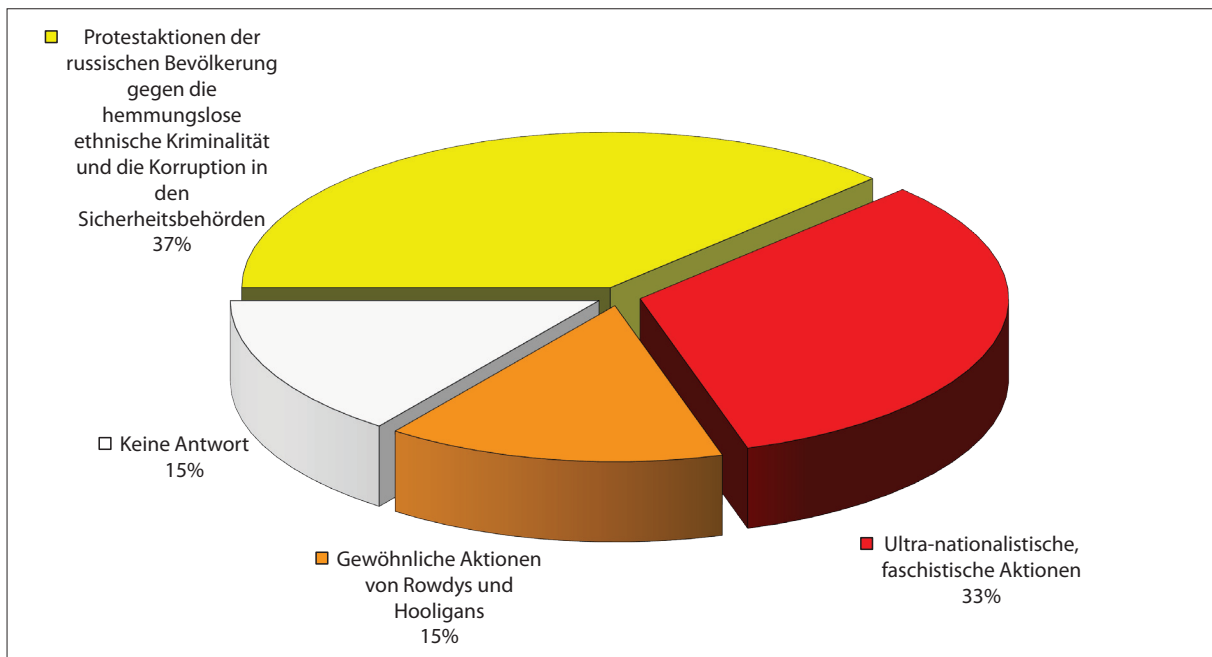


Mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift OSTEUROPA.

Die Dezember-Krawalle auf dem Moskauer Manegenplatz in russischen Meinungsumfragen

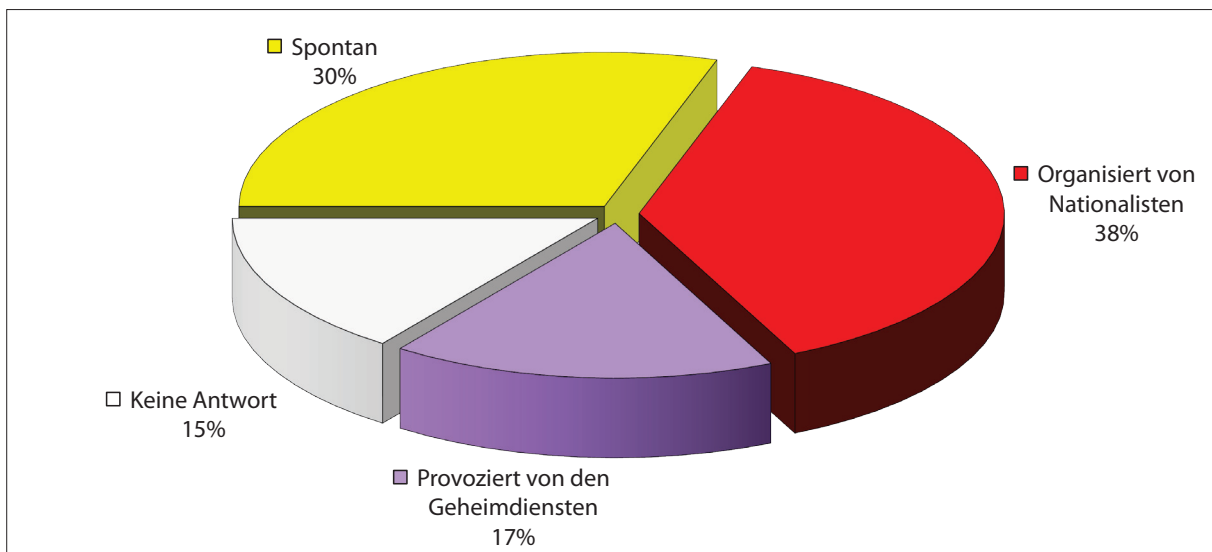
Umfragen des Lewada-Zentrums

Grafik 1: Wie schätzen Sie die Massenunruhen in Moskau vom 11.–18. Dezember 2010 ein?



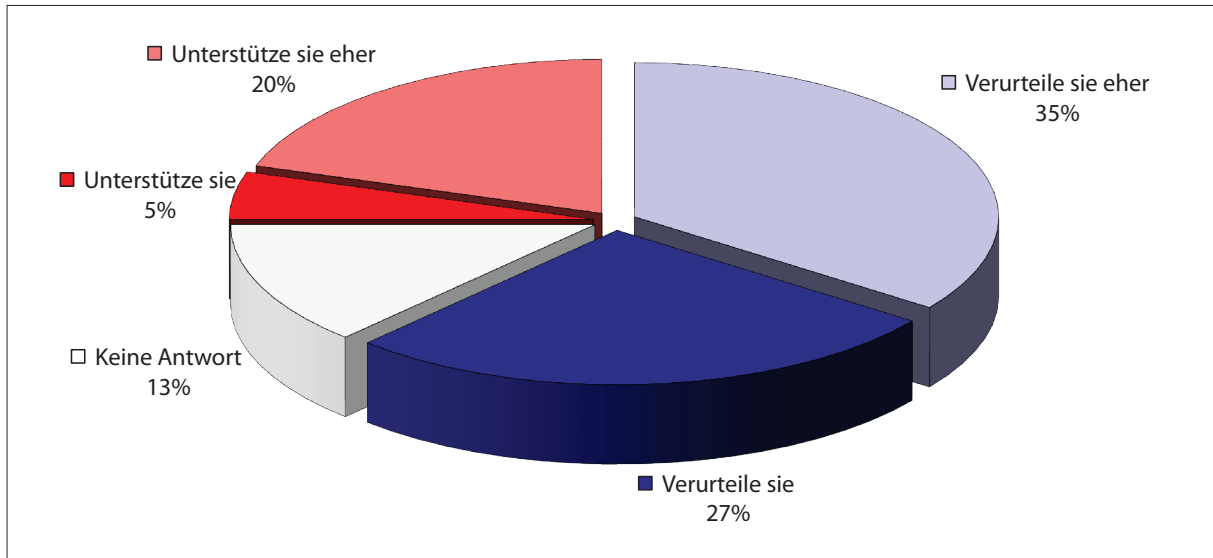
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Dezember 2010, <http://www.levada.ru/press/2010122901.html>

Grafik 2: Wie entstanden die Massenkrawalle?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Dezember 2010, <http://www.levada.ru/press/2010122901.html>

Grafik 3: Wie stehen Sie zu solchen Aktionen?



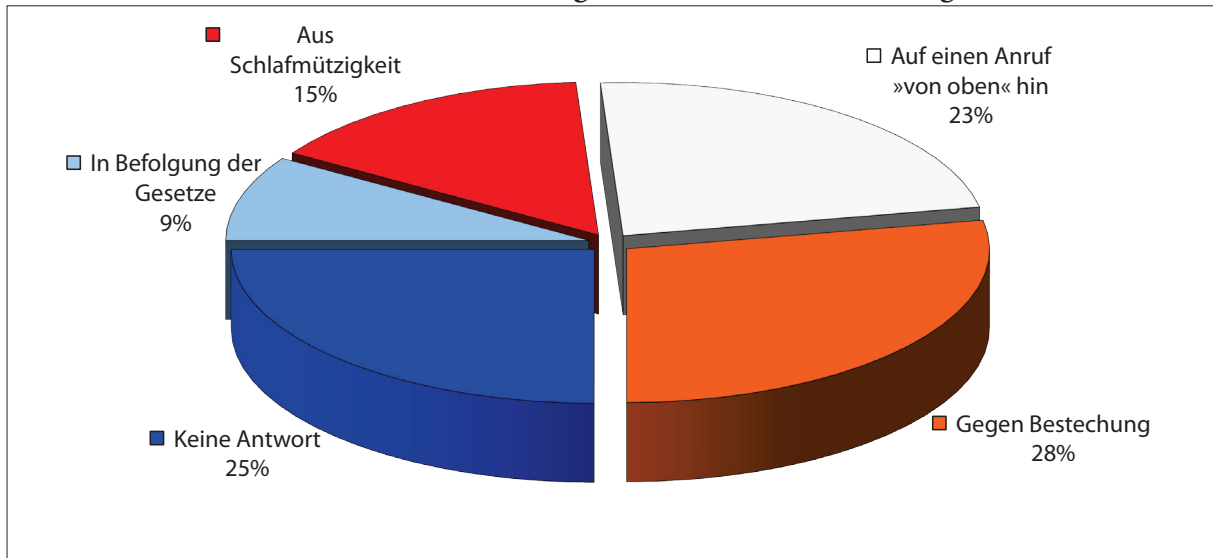
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Dezember 2010, <http://www.levada.ru/press/2010122901.html>

Tabelle 1: Was halten Sie für die Ursachen der Krawalle auf dem Manegenplatz im Dezember 2010?

	Haupt- ursache	Ziemlich wichtig	Nicht sehr wichtig	Ganz unwichtig	Keine Antwort
Unduldsamkeit der Gesellschaft	19 %	35 %	25 %	7 %	14 %
Fehlende Bereitschaft der Gesellschaft die Probleme der Zuwanderer zu verstehen	12 %	37 %	30 %	8 %	14 %
Provokationen nationalistischer Extremisten	28 %	37 %	16 %	5 %	15 %
Das aggressive Verhalten der Zuwanderer selbst	29 %	38 %	16 %	4 %	13 %
Das Auftreten krimineller ethnischer Gruppierungen, die von den Sicherheitsorganen »gedeckt« werden	28 %	37 %	13 %	4 %	18 %
Störer der öffentlichen Ordnung und Verbrecher werden nicht zur Rechenschaft gezogen: Wer Geld hat, entgeht der Bestrafung	13 %	38 %	22 %	6 %	21 %
Diskriminierung der Zuwanderer durch Arbeitgeber und Sicherheitsbehörden	33 %	35 %	13 %	4 %	15 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Dezember 2010, <http://www.levada.ru/press/2010122406.html>

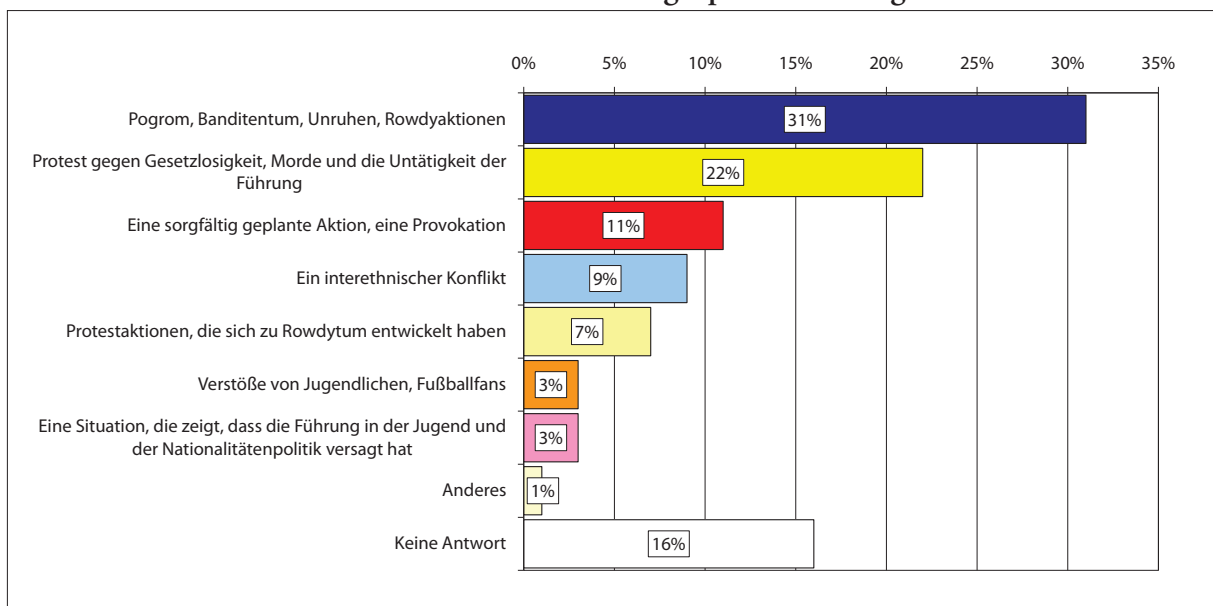
Grafik 4: Warum hat der Untersuchungsrichter, der den Mord an dem Spartak-Fan Jegor Swiridow untersucht hat, die Festgenommenen auf freien Fuß gesetzt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Dezember 2010, <http://www.levada.ru/press/2010122406.html>

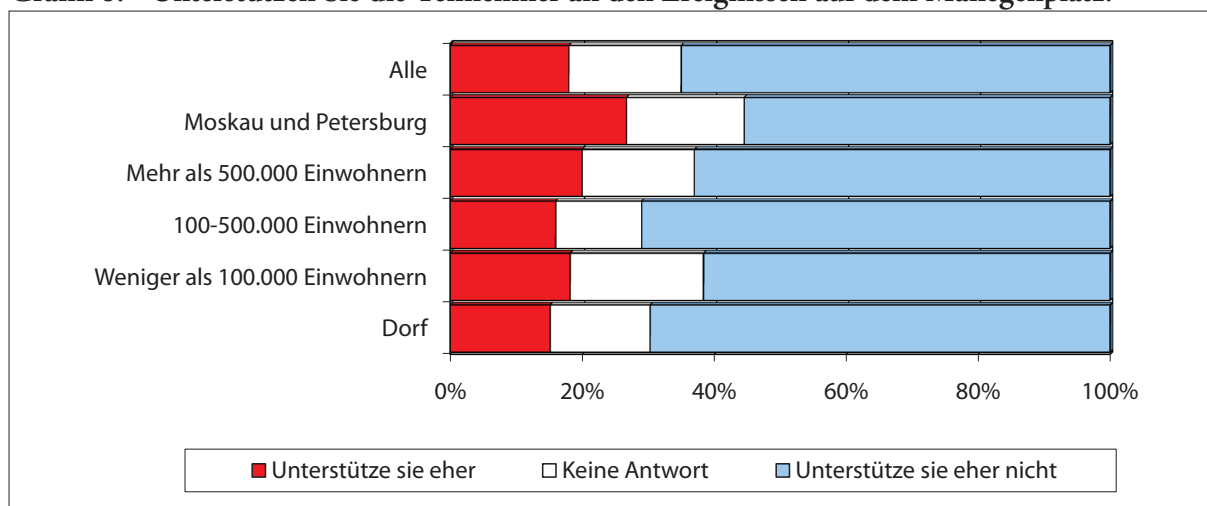
Umfragen von WZIOM

Grafik 5: Was ist am 11. Dezember auf dem Manegenplatz wirklich geschehen?



Quelle: Umfragen von WZIOM vom Dezember 2010, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111221.html>

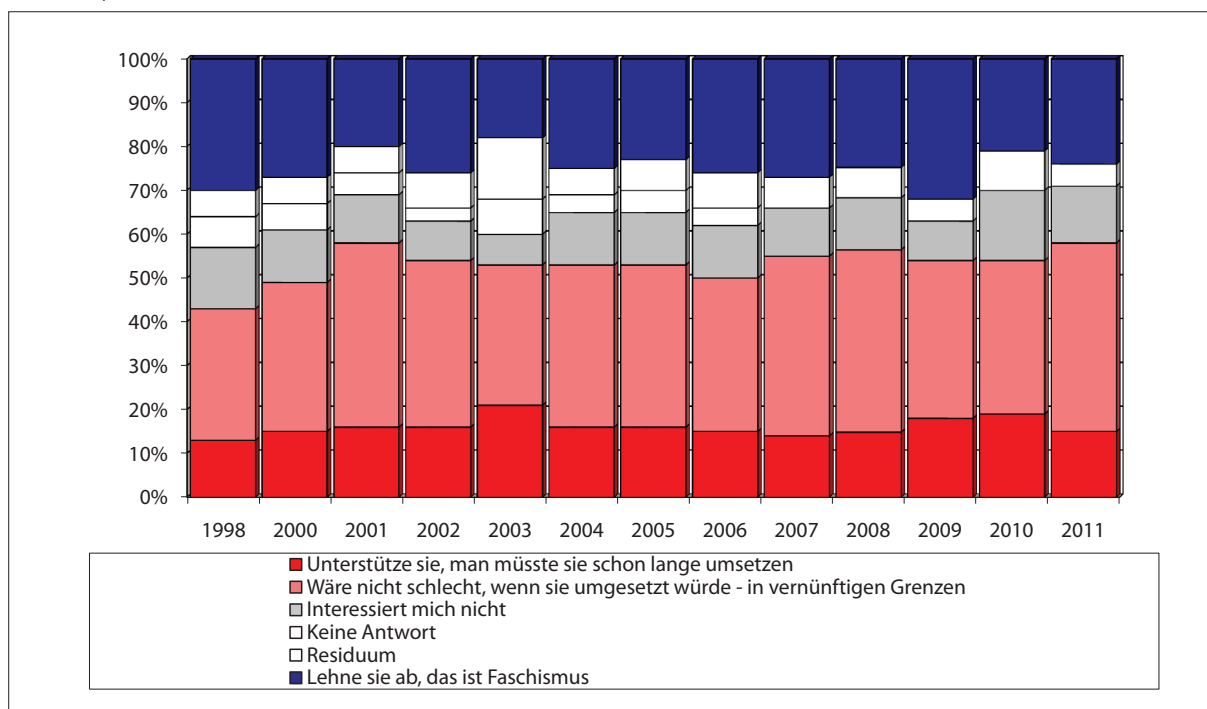
Grafik 6: Unterstützen Sie die Teilnehmer an den Ereignissen auf dem Manegenplatz?



Quelle: Umfragen von WZIAM vom Dezember 2010, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111221.html>

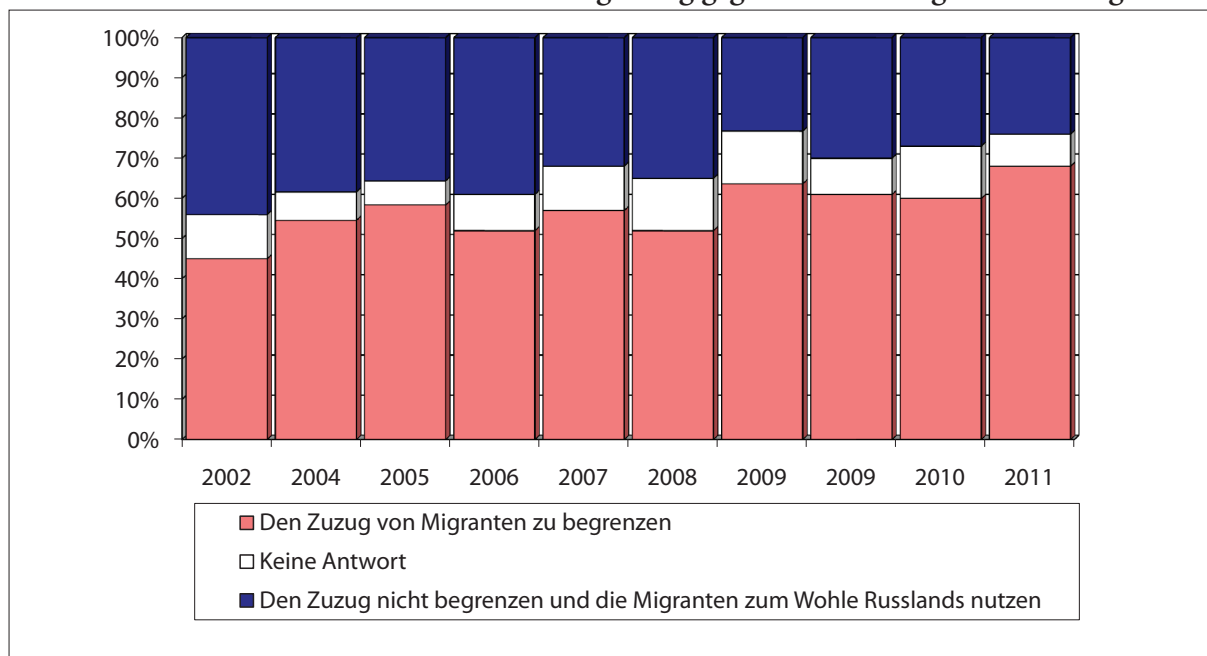
Interethnische Konflikte in Russland

Grafik 7: Was halten Sie von der Idee »Russland – den Russen«?



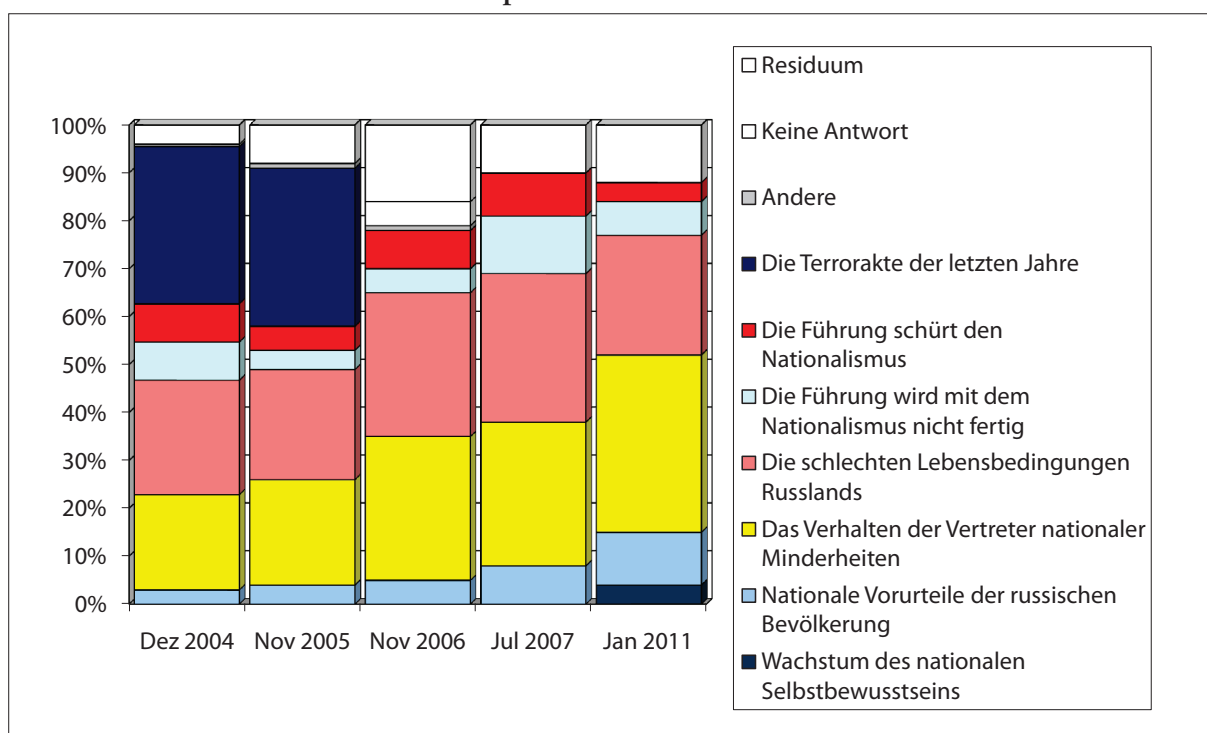
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im Februar 2011, <http://www.levada.ru/press/2011020407.html>

Grafik 8: Welche Politik soll die russische Regierung gegenüber den Migranten verfolgen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im Februar 2011, <http://www.levada.ru/press/2011020407.html>

Grafik 9: Welches sind heute die Hauptursachen von Nationalismus in Russland?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im Februar 2011, <http://www.levada.ru/press/2011020407.html>

Tabelle 2: Personen welcher Nationalität sind ihnen am sympathischsten?

	2004	2005	2006	2009
Russen	33 %	32 %	29 %	36 %
Belorussen	12 %	7 %	13 %	10 %
Ukrainer	12 %	8 %	11 %	9 %
Europäer (Engländer, Franzosen, Deutsche usw.)	6 %	3 %	7 %	8 %
Slawen	2 %	2 %	3 %	8 %
Kaukasier	4 %	3 %	4 %	1 %
Zentralasiaten	2 %	1 %	4 %	0 %
Tataren	4 %	4 %	3 %	2 %
Amerikaner	1 %	1 %	1 %	1 %
Wolgaethnien (Baschkiren, Mordwinen)	1 %	1 %	2 %	1 %
Burjaten	-	1 %	1 %	1 %
Juden	2 %	1 %	1 %	1 %
Chinesen	0 %	0 %	1 %	0 %
Moldawier	1 %	0 %	1 %	0 %
Japaner	1 %	0 %	1 %	1 %
Andere	0 %	0 %	2 %	2 %
Alle Völker sind mir gleich sympathisch	8 %	12 %	20 %	8 %
Keine Antwort	27 %	41 %	30 %	43 %

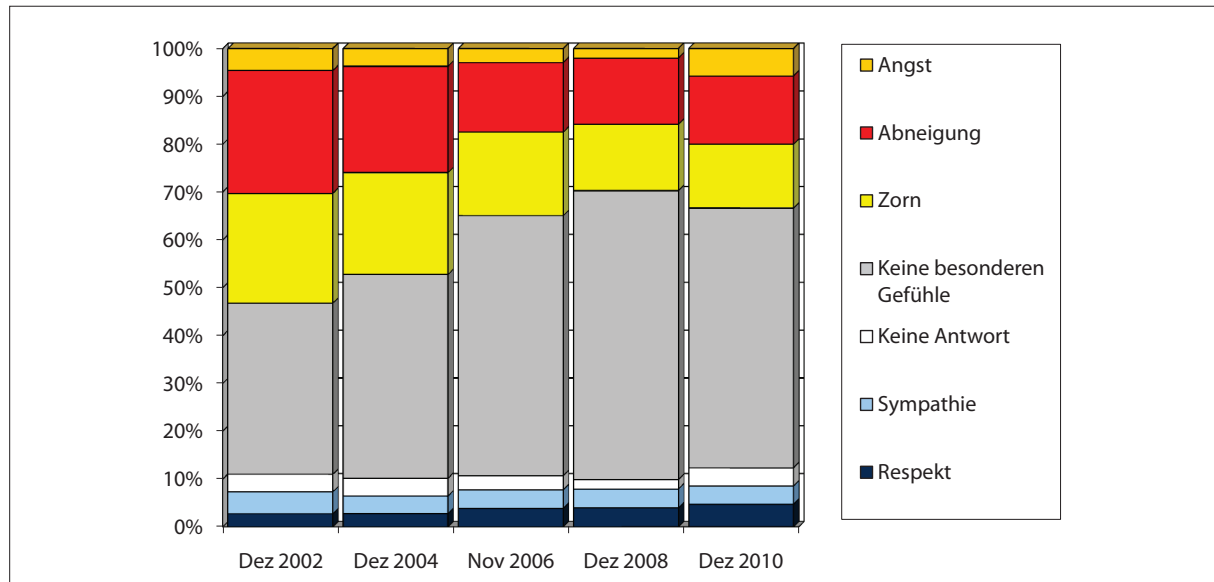
Quelle: Umfragen des VCIOM vom Mai 2010, <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13515.html>

Tabelle 3: Welche Völker oder Ethnien rufen bei Ihnen am ehesten Gefühle des Hasses und der Antipathie hervor?

	2004	2005	2006	2009
Kaukasier	23 %	29 %	29 %	29 %
Zentralasiaten	4 %	2 %	6 %	6 %
Chinesen	2 %	2 %	3 %	3 %
Juden	2 %	1 %	2 %	3 %
Zigeuner	3 %	3 %	4 %	2 %
Asiaten	1 %	1 %	1 %	2 %
Araber, Muslims	2 %	0 %	1 %	2 %
Amerikaner	1 %	1 %	3 %	2 %
Ukrainer	1 %	2 %	3 %	2 %
Balten	3 %	2 %	3 %	1 %
Europäer	1 %	0 %	2 %	1 %
Tataren	1 %	0 %	1 %	1 %
Afrikaner	1 %	0 %	1 %	0 %
Moldawier	1 %	0 %	1 %	0 %
Türken	1 %	0 %	1 %	0 %
Keine	34 %	41 %	55 %	56 %
Andere	0 %	0 %	3 %	2 %
Keine Antwort	30 %	20 %	8 %	9 %

Quelle: Umfragen des VCIOM vom Mai 2010, <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13515.html>

Grafik 10: Welche Gefühle hegen Sie gegenüber den Menschen aus den südlichen Republiken, die in ihrer Stadt, ihrer Region leben?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im Dezember 2010, <http://www.levada.ru/press/2010122703.html>

KOMMENTAR

Das Problem der »Unterforschung« des postsowjetischen russischen Ultrationalismus

Von Andreas Umland, Kiew

Trotz der politischen Relevanz von Rechtsextremismus in Russland ist die internationale Gemeinde der Forscher, welche sich intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen, klein. Daher ist auch die Zahl der politischen und zeitgeschichtlichen Publikationen zu diesem Thema gering. Dafür mögen uns Sozialwissenschaftler anderer Untersuchungsbereiche, die womöglich mit »Überforschung« konfrontiert sind, beneiden. Allerdings ist das Brachland an mehr oder minder unbearbeiteten Themen im Bereich »Russischer Ultrationalismus« bzw. die Zahl der bislang nicht oder gering untersuchten Parteien, Gruppierungen, Zirkel, Verlage, Organe, Publikationen usw. inzwischen so groß, dass der einzelne Forscher in einer Flut an ungeprüften, ungeordneten und unverknüpften Informationen versinkt.

Die Vielfalt der ultrationalistischen Erscheinungen im heutigen Russland ist hoch, und ihre Zahl nimmt offenbar weiter zu. Presse- und andere Organe stellen

allwöchentlich relevante Informationen zur Verfügung. Insbesondere berichten die zwar nur wenig einflussreiche, aber weiterhin existente Journalisten-Community der russischen unabhängigen Periodika (z. B. »Nowaja gaseta«, »The New Times«), regierungsferne informative WWW-Zeitungen (Polit.ru, Gazeta.ru, Grani.ru u. a.) sowie eine Reihe von NGOs, wie das »SOVA«-Zentrum, das Moskauer Büro für Menschenrechte oder das Moskauer Antifaschistische Zentrum, mit Mut und Verve über nationalistische Phänomene in Gesellschaft, Kultur und Politik. Jedoch gibt es nur wenige Wissenschaftler inner- und außerhalb Russlands, die sich systematisch mit diesem Datenstrom auseinandersetzen. Meines Wissens beschränkt sich die Zahl der »hauptberuflichen« Erforscher von postsowjetischem russischen Ultrationalismus auf ca. ein Dutzend Personen. Es scheint weltweit nur wenig mehr als eine Hand voll Analytiker zu geben, etwa Marlene Laruelle (Washington, DC), Alexander Werchowski (Moskau), Wladimir

Pribylowski (Moskau), Wiktor Schnirelman (Moskau), Wladimir Malachow (Moskau), Paul Goble (Washington, DC) oder John B. Dunlop (Stanford), die mehr oder minder intensiv Informationen zu diesem Thema sammeln, filtern und analysieren sowie Ergebnisse langfristiger, systematischer Arbeit regelmäßig an die Öffentlichkeit bringen.

Angesichts des innenpolitischen Gewichts des erstarken russischen Nationalismus sowie der fortgesetzten Bedeutung Russlands im internationalen Machtgefüge ist die Unterbesetzung unseres Forschungsgebietes nicht nur aus regionalwissenschaftlicher Perspektive schmerzlich. Die »Personalprobleme« der russlandbezogenen Rechts-Extremismusforschung sind auch unter einem politisch-praktischen Gesichtspunkt riskant. Wir bleiben schlecht informiert über die anwachsenden extremistischen Aktivitäten im größten Land der Erde, welches auf absehbare Zeit eine nukleare Supermacht bleiben wird. Dies ist ein Luxus, den sich z. B. die Europäische Union im Grunde nicht leisten kann. Die Kosten einer fortgesetzten wissenschaftlichen Unterbelichtung der mannigfachen rechtsradikalen Tendenzen in Russland sowie daraus folgender politischer Fehleinschätzungen und -entscheidungen der russischen Innen- und Aussenpolitik könnten in einem Worst-Case-Szenario hoch sein.

Charakteristisch war in den 1990ern etwa die sowohl russische als auch westliche Ignoranz bezüglich der steilen Karriere und aggressiven Ideologie des ersten prominenten postsowjetischen Rechtsextremisten, Wladimir Shirinowski. Der sowohl in der euro-amerikanischen Postsowjetologie als auch in der internationalen Extremismusforschung weitgehend unbemerkt gebliebene Aufstieg Shirinowskis 1990–1993 war – neben anderen Gründen – Bestimmungsfaktor für eine der destruktivsten politischen Entscheidungen Boris Jelzins: die militärische Intervention in Tschetschenien vom Dezember 1994. Shirinowskis sogenannte Liberal-Demokratische Partei (LDP) war damals nicht nur die einzige Staatsdumafraktion, die dieses Abenteuer von Anfang an ausdrücklich unterstützte sondern Shirinowskis Wahlkampfretorik vom »letzten Sprung nach Süden« ein

Jahr zuvor hatte in mancher Hinsicht Jelzins Kaukasusabenteuer vorbereitet. Wie bekannt, waren nicht nur die direkten Folgen der Tschetschenienkriege Jelzins in ihrer humanitären Dimension katastrophal. Die Rückwirkungen der jahrelangen Kriege auf die russische nachsowjetische Gesellschaft, politische Kultur und krisengeschüttelte Wirtschaft waren wichtige Gründe für das Scheitern der zweiten russischen Demokratie.

Die Biographien der – oft nicht weniger schrillen – zahlreichen weiteren politischen und intellektuellen Führer der extremen russischen Rechten sowie deren Entourage, Organisationen und Aktivitäten sind meist noch weniger erforscht als der Werdegang und Einfluss Shirinowskis. Zwar gibt es Teilphänomene des postsowjetischen russischen Ultrationalismus, wie etwa ethnozentrische Tendenzen in der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation oder der so genannte »Neoeurasimus« Alexander Dugins, die sich einiger Beliebtheit in der heutigen Russlandforschung erfreuen. Sie sind inzwischen ausführlich beschrieben, analysiert sowie diskutiert worden sind. Es bleiben jedoch immer noch Dutzende mehr oder minder relevante ultrationalistische Parlamentarier, Aktivisten, Publizisten, Parteien, Gruppierungen, Publikationsorgane usw., bezüglich derer es nicht eine einzige ausführliche wissenschaftliche Untersuchung zu ihrer Herkunft, Stellung und Rolle in der russischen Gesellschaft und Politik gibt. Häufig sind die von »SOVA« (G. Koshewnikowa†, A. Werchowski) sowie deren befreundeter »Panorama«-Agentur (W. Pribylowski) produzierten Handbücher zu den Biographien der wichtigsten Ultrationalisten sowie den Chronologien der Entwicklung ihrer Organisationen die einzigen detaillierten, einigermaßen umfassenden Sekundärquellen zu diesen Phänomenen.

Vor diesem Hintergrund bleibt zu hoffen, dass sich sowohl in Russland als auch in anderen Ländern neugierige Diplomanden, Doktoranden und Postdoktoranden finden, welche die gesellschaftliche Bedeutung und wissenschaftliche Fruchtbarkeit einer Auseinandersetzung mit dem russischen Ultrationalismus für ihren eigenen beruflichen Werdegang entdecken.

Über den Autor

Dr. Dr. Andreas Umland ist DAAD-Fachlektor an der Nationalen Universität »Kiewer Mohyla-Akademie«, Redakteur der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society«, Mitherausgeber der Webzeitschrift »Forum novejšej vostočnoevropejskoj istorii i kul'tury« <http://www1.ku-eichstaett.de/ZIMOS/forumruss.html> sowie Verwalter des Webarchivs »Russian Nationalism« http://groups.yahoo.com/group/russian_nationalism.

Lesetipps

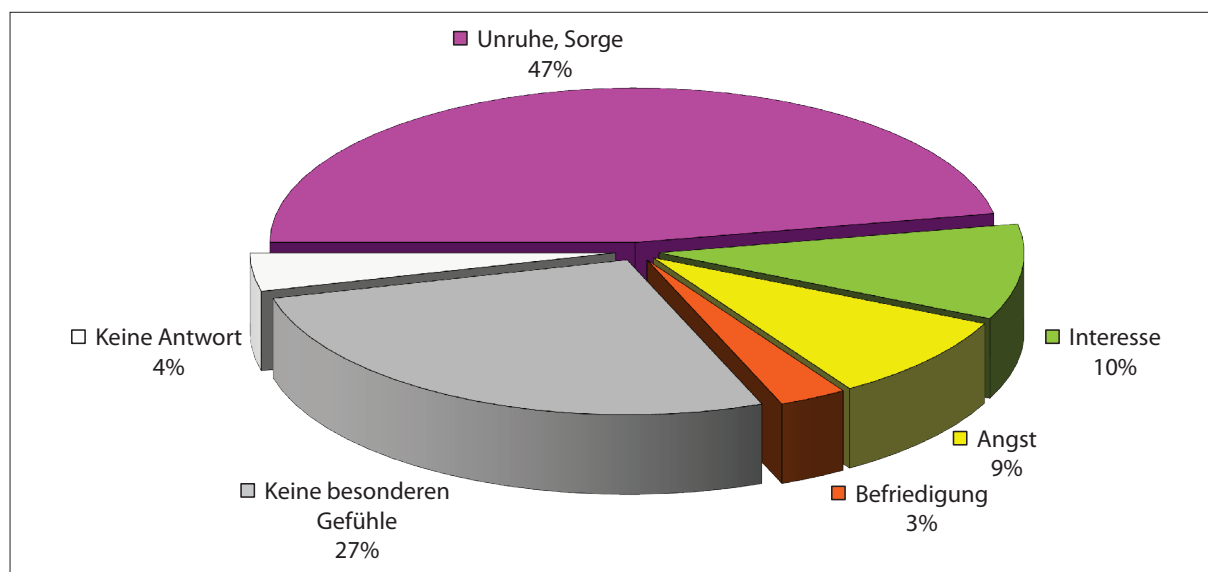
- Galina Koshewnikowa† unter Mitarbeit von Alexander Werchowski: Ultrationalismus und Antiextremismus im heutigen Russland. Jahresbericht des Zentrums »SOVA« 2009. *Soviet and Post-Soviet Politics and Society*. Stuttgart: ibidem-Verlag, 2011, im Druck.
- Galina Kozhevnikova† in collaboration with Alexander Verkhovsky and Eugene Veklerov: Ultra-Nationalism and Hate Crimes in Contemporary Russia. The 2004–2006 Annual Reports of Moscow's SOVA Center. *Soviet and Post-Soviet Politics and Society*, Bd. 77. Stuttgart: ibidem-Verlag, 2008.
- Andreas Umland: Zhirinovskii as a Fascist. Palingenetic Ultra-Nationalism and the Emergence of the Liberal-Democratic Party of Russia in 1992–93, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, 14. Jg., 2/2010, S. 189–216.

UMFRAGE

Der Bürgerkrieg in Libyen in russischen Umfragen

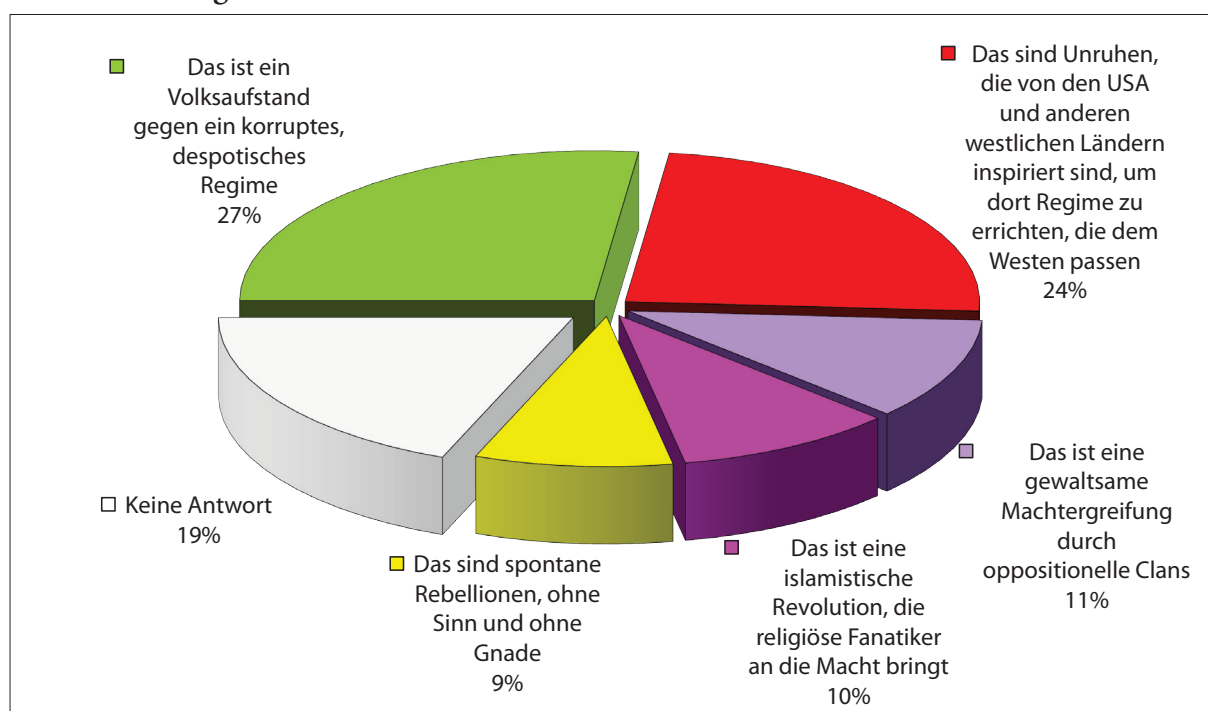
Umfragen des Lewada-Zentrums

Grafik 11. Welche Gefühle rufen bei Ihnen die Ereignisse im Nahen Osten und in Nordafrika hervor?



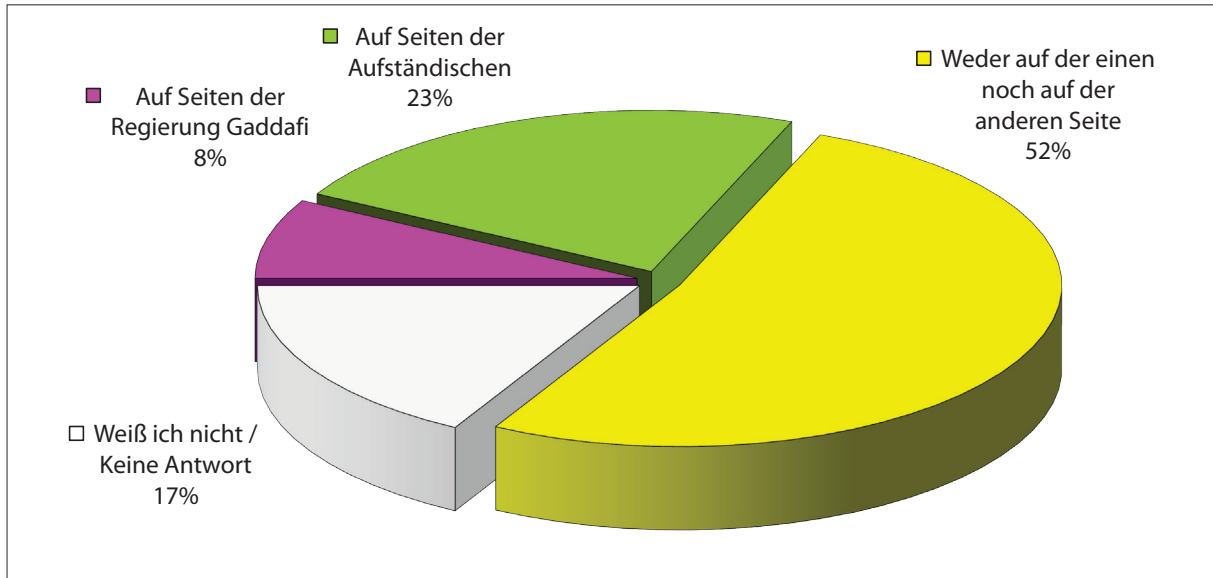
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im März 2011, <http://www.levada.ru/press/2011032509.html>

Grafik 12: Was geht in diesen Ländern vor?



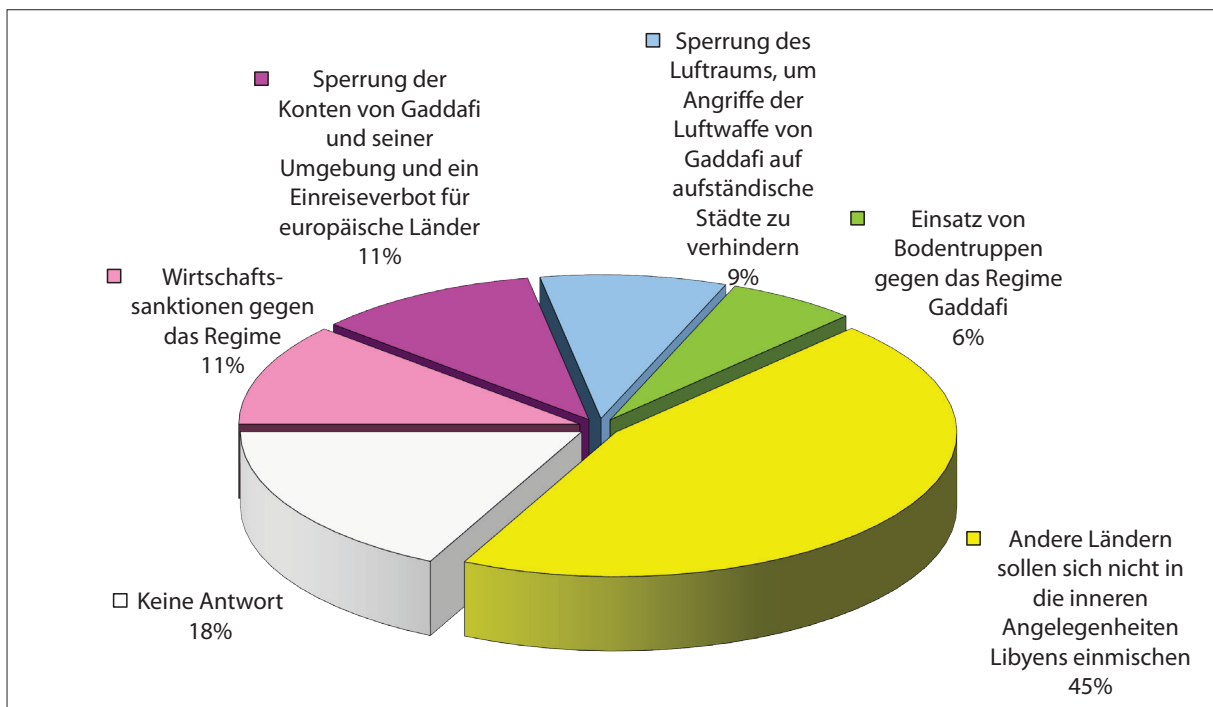
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im März 2011, <http://www.levada.ru/press/2011032509.html>

Grafik 13: Auf welcher Seite sind heute Ihre Sympathien im libyschen Bürgerkrieg?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im März 2011, <http://www.levada.ru/press/2011032509.html>

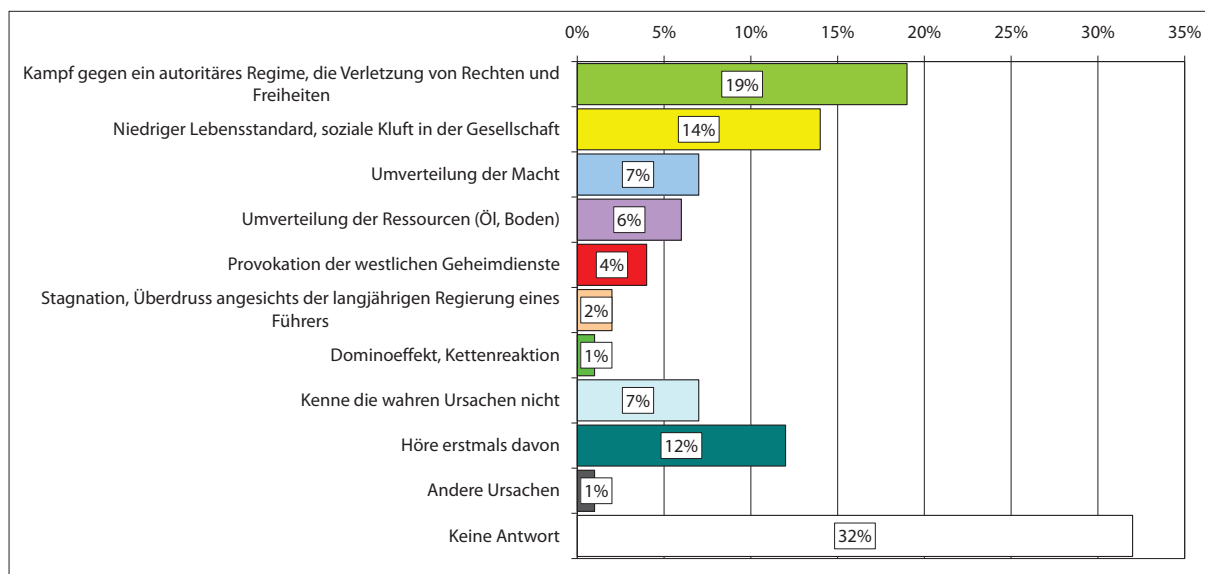
Grafik 14: Welche Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zur Beendigung des Blutvergießens und zum Schutz der Zivilbevölkerung unterstützen Sie?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im März 2011, <http://www.levada.ru/press/2011032509.html>

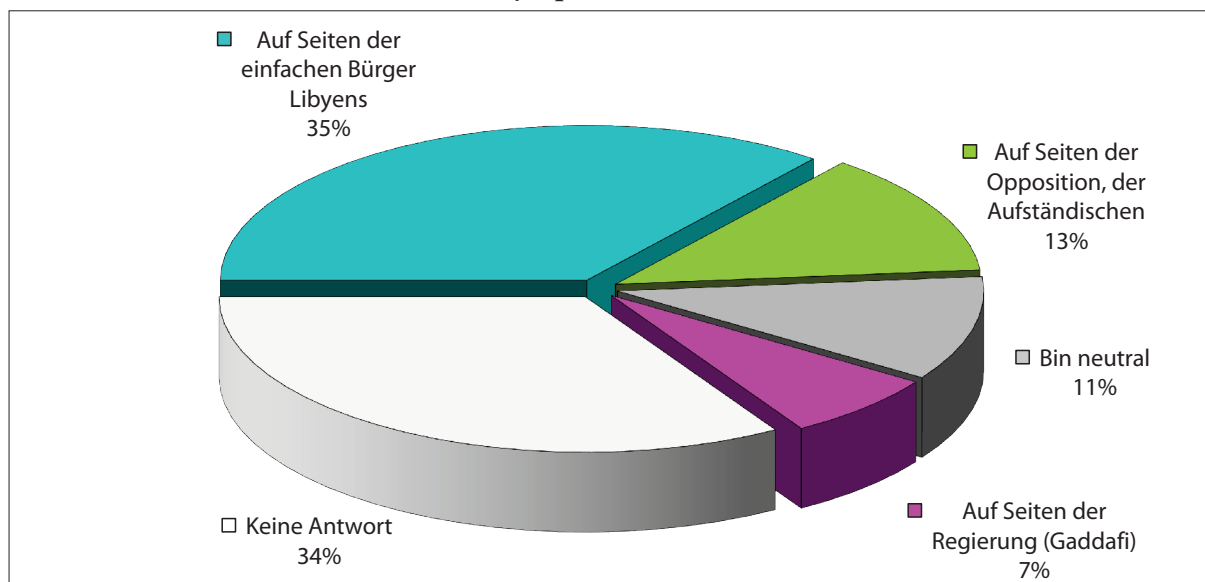
Umfragen des WZIOM

Grafik 15: Was sind die Hauptursachen der Auseinandersetzungen in Libyen?



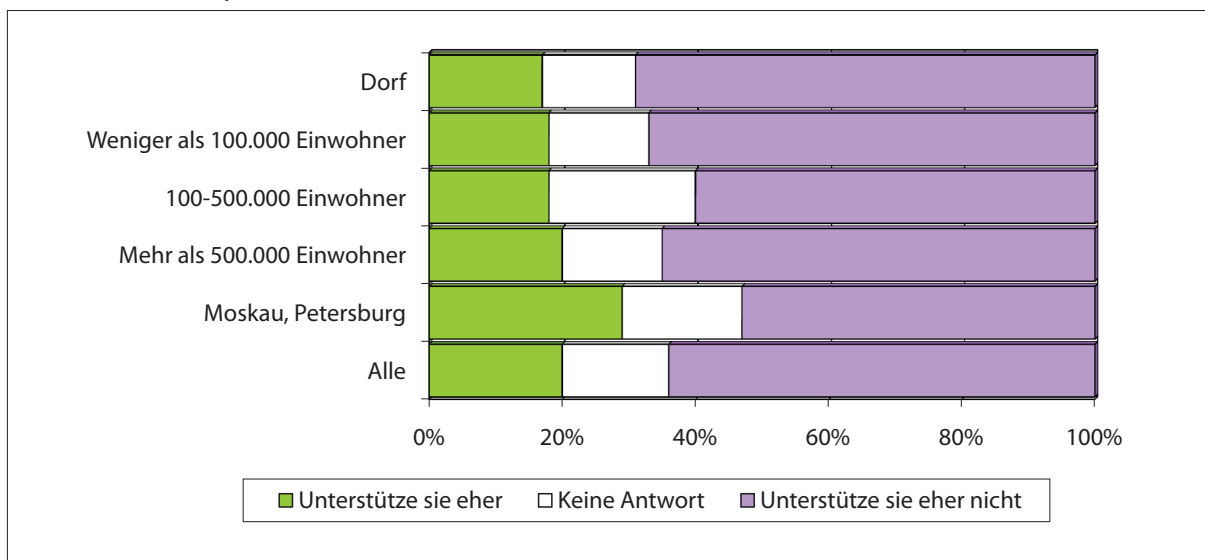
Quelle: Umfragen des WZIOM im März 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111465.html>

Grafik 16: Auf welcher Seite sind Ihre Sympathien in diesem Konflikt?



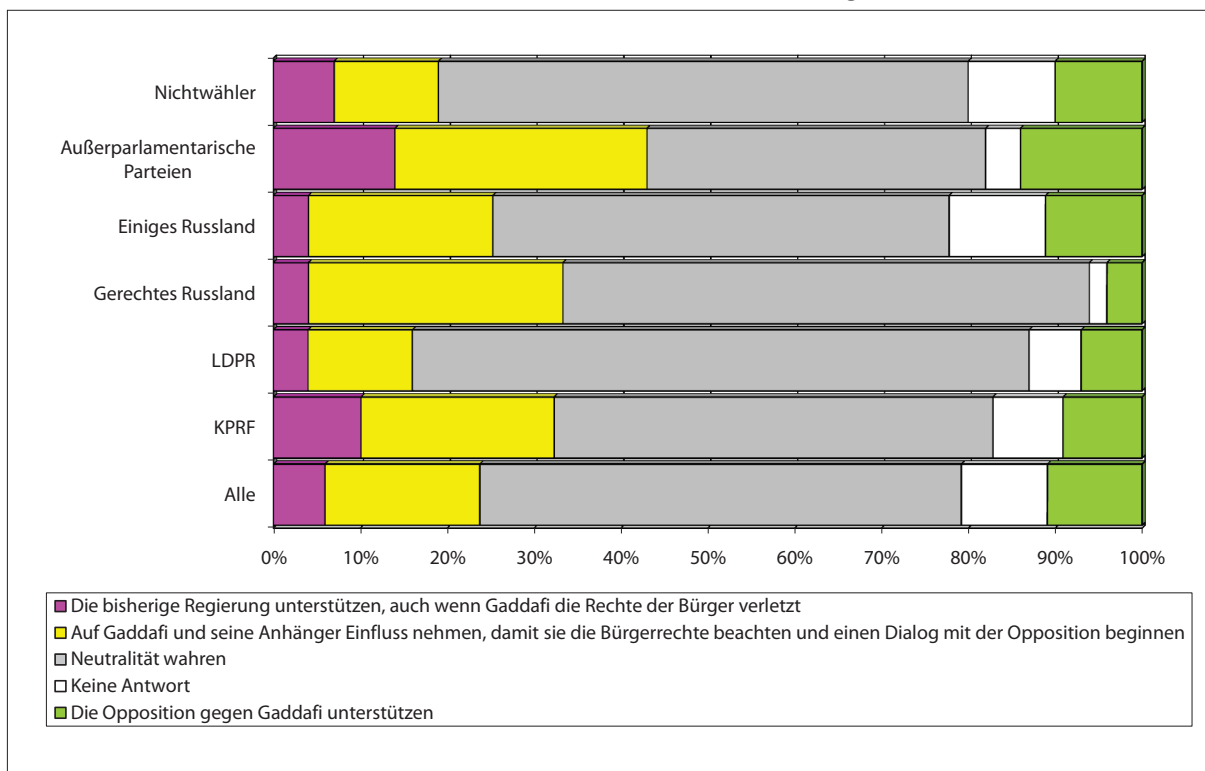
Quelle: Umfragen des WZIOM im März 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111465.html>

Grafik 17: Unterstützen Sie eine internationale Militäroperation mit dem Ziel, den Bürgerkrieg in Libyen zu beenden?



Quelle: Umfragen des WZIOM im März 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111465.html>

Grafik 18: Welche Position soll Russland im Hinblick auf die Ereignisse in Libyen beziehen?



Quelle: Umfragen des WZIOM im März 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111465.html>

RANKING

»The World's Billionaires« – die Forbesliste 2011

Land	Zahl der Milliardäre	
	2011	2010
USA	413	393
China	115	61
Russland	101	59
Indien	55	132
Deutschland	52	52
Türkei	38	27
Hong Kong	36	85
Großbritannien	32	29
Brasilien	30	18
Japan	26	21
Taiwan	25	18
Kanada	24	24
Australien	17	10
Israel	16	10
Südkorea	16	10
Spanien	15	13
Frankreich	14	12
Indonesien	14	7
Italien	14	13
Mexiko	11	9
Schweden	10	10
Malaysia	9	9
Schweiz	9	11
Ägypten	8	4
Saudi Arabien	8	10
Ukraine	8	5
Libanon	6	4
Niederlande	6	5
Österreich	5	4
Irland	5	6
Kasachstan	5	5
Chile	4	4
Norwegen	4	4
Philippinen	4	2
Polen	4	4
Singapur	4	4
Südafrika	4	3
Vereinigte Arabische Emirate	4	4
Belgien	3	2
Tschechien	3	3
Dänemark	3	2
Kuwait	3	1
Neuseeland	3	3
Portugal	3	2
Thailand	3	3
Argentinien	2	1
Kolumbien	2	2
Zypern	2	1

(Fortsetzung auf nächster Seite)

»The World's Billionaires« – die Forbesliste 2011 (Fortsetzung)

Land	Zahl der Milliardäre	
	2011	2010
Griechenland	2	2
Monaco	2	1
Nigeria	2	1
Rumänien	2	3
Venezuela	2	2
Finnland	1	0
Belize	1	1
Pakistan	0	1

Quelle: Auswertung der Forbesliste <http://www.forbes.com/wealth/billionaires/list> und http://www.forbes.com/lists/2010/10/billionaires-2010_The-Worlds-Billionaires_Rank.html

Russische Milliardäre in der Forbesliste 2011

Rang in der Gesamtliste		Name	Vermögen (Mrd. US\$)		Alter 2011
2011	2010		2011	2010	
14	32	Wladimir Lisin	24,0	15,8	54
29	70	Alexej Mordaschow	18,5	9,9	45
32	39	Michail Prochorow	18,0	13,4	45
34	61	Wladimir Potanin	17,8	10,3	50
35	100	Alischer Usmanow	17,7	7,2	57
36	57	Oleg Deripaska	16,8	10,7	43
43	42	Michail Fridman	15,1	12,7	46
50	58	Wagit Alekperow	13,9	10,6	60
53	50	Roman Abramowitsch	13,4	11,2	44
57	113	Viktor Wekselberg	13,0	6,4	53
70	71	Viktor Raschnikow	11,2	9,8	62
88	80	Iskander Machmudow	9,9	8,5	47
92	83	German Chan	9,6	8,2	49
93	79	Dmitrij Rybolowlew	9,5	8,6	44
99	189	Leonid Michelson	9,1	4,4	55
102	113	Igor Sjusin	8,9	6,4	50
105	189	Andrej Melnitschenko	8,6	4,4	39
117	154	Sergej Popow	7,9	5,0	39
118	136	Sulejman Kerimow	7,8	5,5	44
120	93	Wladimir Jewtuschenkow	7,7	7,5	62
124	121	Alexander Abramow	7,5	6,1	52
124	109	Alexej Kusmitschew	7,5	6,5	48
133	136	Leonid Fedun	7,1	5,5	54
185	167	Boris Iwanischwili	5,5	4,8	55
185	342	Sergej Galizkij	5,5	2,9	43
185	536	Gennadij Timtschenko	5,5	1,9	58
193	297	Nikolaj Zwetkow	5,3	3,2	50
235	249	Pjotr Awen	4,5	3,6	55
281	721	Andrej Skotsch	3,9	1,4	45

(Fortsetzung auf nächster Seite)

Russische Milliardäre in der Forbesliste 2011 (Fortsetzung)

Rang in der Gesamtliste		Name	Vermögen (Mrd. US\$)		Alter 2011
2011	2010		2011	2010	
304	616	Wasilij Anisimow	3,6	1,6	59
310	400	Filaret Galtschew	3,5	2,4	47
336	400	Wladimir Bogdanow	3,3	2,4	59
336	354	Alexander Frolow	3,3	2,8	46
347	342	Dmitrij Pumpjansky	3,2	2,9	46
347	556	Andrej Moltschanow	3,2	1,8	39
420		Wadim Nowinskij	2,7		47
420		Andrej Kljamko	2,7		49
459	437	Michail Guzerijew	2,5	2,2	53
459	721	Alexander Nesis	2,5	1,4	48
512	655	Alexander Mamut	2,3	1,5	51
512	616	Michail Balakin	2,3	1,6	49
512	536	Andrej Gurijew	2,3	1,9	50
512		Anatolij Skurow	2,3		58
564	488	Alexander Lebedew	2,1	2,0	51
564	880	Alexander Dshaparidse	2,1	1,1	55
564		Sijad Manasir	2,1		45
595		Walerij Kogan	2,0		60
651	721	Rustam Tariko	1,9	1,4	48
651	616	Alexej Ananjew	1,9	1,6	46
651	616	Dmitrij Ananjew	1,9	1,6	42
651	880	Anatolij Sedych	1,9	1,1	46
692		Lew Kwetnoi	1,8		45
692	828	Igor Kesajew	1,8	1,2	44
692		Valentin Buchtojarow	1,8		56
692		Alexander Schchukin	1,8		60
692		Wladimir Melnitschenko	1,8		59
736	880	Alexander Ponomarenko	1,7	1,1	46
736	880	Alexander Skorobogatko	1,7	1,1	43
782		David Dawidowitsch	1,6		48
782		Wjacheslaw Kantor	1,6		57
782	616	Gleb Fetisow	1,6	1,6	44
782	721	Megdet Rahimkulow	1,6	1,4	65
782		Wadim Moschkowitsch	1,6		43
833	828	Andrej Kosizyn	1,5	1,2	50
833	828	Danil Chatschaturow	1,5	1,2	39
833		Sergej Sarkisow	1,5		51
833		Nikolaj Sarkisow	1,5		42
833	880	Aras Agalarow	1,5	1,1	55
833		Juri Kowaltschuk	1,5		59
833		Viktor Charitonin	1,5		38
833		Dmitrij Masepin	1,5		42
879		Wladimir Gridin	1,4		55

(Fortsetzung auf nächster Seite)

Russische Milliardäre in der Forbesliste 2011 (Fortsetzung)

Rang in der Gesamtliste		Name	Vermögen (Mrd. US\$)		Alter 2011
2011	2010		2011	2010	
879		Samwel Karapetjan	1,4		45
938		Gennadij Kosowoj	1,3		59
938		Alexander Wagin	1,3		52
993	342	Jelena Baturina	1,2	2,9	48
993	937	Andrej Kosogow	1,2	1,0	49
993		Andrej Rogatschow	1,2		47
993		Pjotr Kondraschow	1,2		61
993		Gawril Juschwajew	1,2		53
993	773	Anatolij Lomakin	1,2	1,3	58
993		Nikolaj Maximow	1,2		53
993		Michail Alysow	1,2		38
1057	880	Igor Altuschkin	1,1	1,1	40
1057		Alexander Putilow	1,1		58
1057		Sarach Ilijew	1,1		44
1057		God Nisanow	1,1		38
1057		Arkadij Rotenberg	1,1		59
1057		Konstantin Nikolajew	1,1		40
1057		Nikita Mischin	1,1		39
1057		Andrej Filatow	1,1		39
1057		Dmitrij Kamenschtschik	1,1		42
1057		Andrej Kusjajew	1,1		45
1140		Oleg Bojko	1,0		46
1140		Andrej Komarow	1,0		44
1140		Juri I Milner	1,0		49
1140		Andrej Borodin	1,0		43
1140		Wadim Jakunin	1,0		48
1140		Alexander Girda	1,0		49
1140		Dmitrij Korshew	1,0		47
1140		Dmitrij Troizkij	1,0		46

Quelle: <http://www.forbes.com/wealth/billionaires/list>; http://www.forbes.com/lists/2010/10/billionaires-2010_The-Worlds-Billionaires_Rank.html

Vom 24. März bis zum 7. April 2011

24.03.2011	Präsident Medwedew ernennt neue Leiter für die Abteilungen des Innenministeriums im Gebiet Stawropol und im Bezirk Kamtschatka. Der Moskauer Polizeichef und der tschetschenische Innenminister werden in ihrem Amt bestätigt.
24.03.2011	Das Stockholmer Schiedsgericht erklärt die im Januar getroffene Vereinbarung zwischen BP und Rosneft über einen Aktientausch sowie die gemeinsamen Erkundungen des arktischen Schelfs für ungültig. Der russische Anteilseigner von TNK-BP, das AAR-Konsortium, hatte gegen die Zusammenarbeit geklagt.
25.03.2011	Aufgrund der angespannten Situation in den japanischen Atomreaktoren nach Erdbeben und Tsunami, unterzieht der russische staatliche Atomkonzern Rosatom seine Atomkraftwerke einem Stresstest. Im Rahmen des zivilen Nuklearabkommens mit den USA will Russland die Testergebnisse dem amerikanischen Energieministerium mitteilen.
26.03.2011	Veränderungen im Fischereigesetz, die seit Beginn des Jahres die staatliche Verpachtung von Gewässern an private Unternehmen und Fischfarmen fördert und Anglern den Kauf von Angellizenzen vorschreibt, bringen in mehreren Städten Tausende Menschen auf die Straßen. In Moskau versammeln sich 1.500 Angler auf dem Puschkin-Platz, in Kasan kommen über 3.000 Menschen zur größten Demonstration seit 1993 zusammen.
27.03.2011	In Russland werden zum letzten Mal die Uhren auf Sommerzeit umgestellt. Präsident Medwedew hatte am 8. Februar eine Verordnung in Kraft gesetzt, derzufolge die Umstellung auf die Winterzeit eingestellt wird.
28.03.2011	Das russische Statistikamt veröffentlicht vorläufige Ergebnisse der Volkszählung von 2010. Diesen Daten zufolge verringerte sich die Bevölkerung gegenüber 2002 um 2,2 Million (1,6 %) auf 142,9 Millionen. Frauen machen einen zunehmend größeren Bevölkerungsanteil gegenüber den Männern aus (53,7 % zu 46,3 %), auch der Urbanisierungstrend hält an, 73,7 % der Bevölkerung lebt in Städten oder Dörfern, 26,3 % auf dem Land.
28.03.2011	Nach Angaben von Ministerpräsident Wladimir Putin sollen die beiden Moskauer Flughäfen Scheremetewo (zu 100 % in Staatsbesitz) und Wnukowo (zu 75 % im Besitz der Stadt Moskau) zusammengelegt und privatisiert werden.
28.03.2011	Bei Luftangriffen und einer Bodenoffensive der russischen Streitkräfte werden im inguschetischen Rayon Sunschenk 17 Untergrundkämpfer getötet und zwei Verdächtige im Zusammenhang mit dem Selbstmordattentat am Flughafen Domodedowo festgenommen. Unter den Getöteten befindet sich angeblich der Anführer der Untergrundkämpfer und selbsternannte »Emir des kaukasischen Emirats«, Doku Umarow; dies wird jedoch von der Website der Untergrundkämpfer bestritten. Aufseiten der Sicherheitskräfte werden bei dem Einsatz drei Personen getötet.
29.03.2011	Roman Abramowitsch wird von den Abgeordneten des Regionalparlaments des autonomen Bezirks Tschukotka wieder zum Parlamentsvorsitzenden bestimmt.
30.03.2011	Dmitrij Medwedew bestätigt die Leiter der Abteilungen des Innenministeriums in den Republiken Karatschai-Tscherkessien und Kabardino-Balkarien in ihren Ämtern.
30.03.2011	Die legendäre sowjetische Schauspielerin und Sängerin Ljudmila Gurttschenko stirbt im Alter von 75 Jahren in Moskau. Berühmt wurde sie durch ihre Rollen in Filmen wie »Das Mädchen mit der Gitarre« (1958), »Sibirjade« (1978) oder »Bahnhof für zwei« (1982).
30.03.2011	Wegen der Kämpfe in Libyen wird die Russische Botschaft in Tripolis evakuiert.
31.3.2011	Die russische Eisenbahn plant die Einführung eines Schnellzugs zwischen Moskau und Berlin. Die Reisezeit würde sich von den bisherigen 27 Stunden auf 16,5 Stunden reduzieren.
31.3.2011	Russland und die völkerrechtlich zu Georgien gehörende Republik Abchasien, die von Russland, Nicaragua, Venezuela und Nauru als unabhängiger Staat anerkannt wird, verständigen sich über den Verlauf der See- und Landgrenzen zwischen beiden Territorien. Der Grenzverlauf orientiert sich an der Grenzziehung während der Sowjetzeit.
31.3.2011	In mehreren Städten Russlands finden erneut Versammlungen von Menschenrechtlern und Oppositionellen zur Verteidigung von Artikel 31 der russischen Verfassung statt, der die Versammlungsfreiheit garantiert. In Moskau kommen nach Polizeiangaben etwa 150 Personen bei einer genehmigten Versammlung um Ludmila Aleksejewa, Vorsitzende der Moskauer Helsinki-Gruppe, auf dem Puschkin-Platz zusammen. Nach Angaben von Aleksejewa wurde mit der vierten Genehmigung das Ziel der Versammlungen erreicht. Bei einer unangemeldeten Demonstration von Anhängern um Eduard Limonow kommt es auf dem Triumphal-Platz, dem traditionellen Platz der Strategie-31-Demonstrationen, zu Festnahmen.

02.04.2011	Zur Verbesserung des Investitionsklimas in Russland verlangt Präsident Medwedew von Ministern und Stellvertretern des Ministerpräsidenten bis zum 1. Juli 2011 von Aufsichtsratsposten in Aktiengesellschaften mit Staatsbeteiligung zurückzutreten. Einer Liste des Kremls zufolge soll Alexej Kudrin, Finanzminister und Stellvertretender Ministerpräsident, seine Ämter in der VTB Bank und bei »Alrosy« aufgeben; Viktor Subkow, Erster Vizepremier, soll seine Posten bei der Russischen Landwirtschaftsbank, »Rosspirtprom« und »RosAgroLizing« räumen; Igor Setschin, Stellvertretender Ministerpräsident, sich aus den Aufsichtsräten von »Rosneft«, »Rosneftegas« und »Inter RAO EES« (Stromkonzern); Anatolij Serdjukow, Verteidigungsminister, von »Oberonservis«; Sergej Schmatko, Energieminister, aus den Aufsichtsräten von »RusGidro«, »Gasprom« und »Zarubeshneft«; Igor Lewitin, Transportminister, aus den Aufsichtsräten des »Internationalen Flughafens Scheremetewo« und von »Aeroflot«; Jelena Skrynnik, Landwirtschaftsministerin, soll von ihrem Posten bei dem »Vereinigten Getreideunternehmen« zurücktreten sowie Igor Schtschegolew, Minister für Nachrichtenwesen und Massenkommunikation, von seinen Posten bei der »Investitionsfirma für Kommunikation« und bei dem »Ersten Kanal«.
04.04.2011	Dmitrij Medwedew gratuliert dem kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarabajew zu seiner Wiederwahl. Nasarabajew erhielt 95,5 % der Stimmen.
04.04.2011	Wasilij Jakemenko, Vorsitzender der russischen Agentur für Jugendangelegenheiten, erhebt Anklage wegen Verleumdung gegen Oleg Kaschin, Journalist der Tageszeitung Kommersant, der am 6. November 2010 von Unbekannten zusammengeschlagen worden war. Kaschin schrieb in seinem Blog, dass er an die »Jakemenko-Version« des Überfalls auf ihn glaubt.
05.04.2011	Igor Sadofew, Oberkommandeur der russischen Luftstreitkräfte, gibt bekannt, dass die Streitkräfte im Jahr 2011 50 neue Flugzeuge und 100 Hubschrauber vom Typ Mi-28, Ka-52, Mi-8 und »Ansats« erhalten.
05.04.2011	Ramsan Kadyrow, Oberhaupt der Republik Tschetschenien, tritt seine zweite fünfjährige Amtszeit an. Am 5. März wurde er nach Vorschlag von Präsident Medwedew vom tschetschenischen Parlament wiedergewählt.
06.04.2011	Bei Wladiwostok stürzt ein Jagdflugzeug des Typs SU-27 aufgrund des Ausfalls von Bordinstrumenten ab. Die Besatzung kommt nicht zu Schaden.
06.04.2011	Wegen der Havarie im japanischen Atomkraftwerk Fukushima schränkt der russische Föderale Dienst für Veterinär- und Phytosanitäraufsicht (Rosselchoznadzor) die Einfuhr japanischen Fisches ein.
07.04.2011	Die Gesellschaftskammer fordert die Sicherheitskräfte auf, die Hackerangriffe auf die bekannte Blogseite »Schiwoj schurnal« zu untersuchen. Die Seite war zwischen dem 30. März und dem 6. April dreimal lahmgelegt worden.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

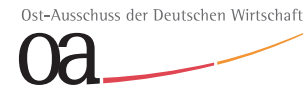
ISSN 1613-3390 © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Ost-Ausschuss: Russland braucht mehr Wettbewerb

Pressemitteilung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft



Berlin, 3. April 2011

- Vorstoß Präsident Medwedews für unabhängige Aufsichtsräte geht in die richtige Richtung, greift aber zu kurz
- Privatisierungsprogramm muss fortgesetzt und Investitionsklima verbessert werden
- Deutsch-Russische Mittelstandskonferenz am 31. Mai in Moskau

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft begrüßt den jüngsten Vorstoß des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew zur Trennung von Wirtschaft und Politik in Russland. Medwedew hatte anlässlich einer Sitzung der russischen Modernisierungskommission in Magnitogorsk die fehlende Attraktivität der russischen Wirtschaft für ausländische Investoren bemängelt, die bestehende Korruption auf staatlicher Ebene beklagt und einen Katalog mit zehn prioritären Maßnahmen vorgestellt. Unter anderem verlangt Medwedew einen Rückzug von Regierungsmitgliedern aus Führungspositionen bei Staatskonzernen. Bereits bis Jahresmitte sollten in den Gremien Minister gegen unabhängige Direktoren ausgetauscht werden.

»Jeder Schritt, der in Russland zu einer stärkeren Trennung von Staat und Wirtschaft und zu einer Verringerung der Korruption führt, geht in die richtige Richtung«, sagte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Eckhard Cordes. »Noch besser wäre allerdings eine beschleunigte Privatisierung von Staatskonzernen.« Russland leide erheblich unter dem fehlenden Wettbewerb im Land. »Immer noch wird ein großer Teil der russischen Wirtschaft von Staatskonzernen dominiert, die politisch bevorzugt behandelt werden. Ein Wettbewerb um die innovativsten und effizientesten Lösungen, ein funktionierender Mittelstand und damit eine moderne Marktwirtschaft können sich so nicht entwickeln. Eine Ämtertrennung würde daran erst einmal nur wenig ändern«, erklärte Cordes. Aus diesem Grund setze sich der Ost-Ausschuss nachdrücklich für die Privatisierung russischer Staatsbetriebe ein. »Leider gibt es Anzeichen dafür, dass die gute Einnahmesituation in Russland aufgrund steigender Öl- und Gaspreise zu einer Verschleppung des geplanten Privatisierungsprogramms und damit des gesamten Modernisierungsprozesses führt«, sagte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende.

Positiv bewertete Cordes die Ankündigung Medwedews, in den föderalen Bezirken jeweils einen Ombudsmann zu berufen, der Unternehmen bei Ihren Investitionsvorhaben zur Seite steht und zur Verringerung von Genehmigungszeiten beitragen soll.

Dass die Bedingungen für ausländische Investoren in Russland weiter verbessert werden müssen, zeigt auch ein aktueller Bericht der Weltbank, nach dem Russland in Bezug auf seine Konkurrenzfähigkeit im Investitionsbereich vom 51. auf den 63. Platz heruntergestuft wurde. »Die russische Regierung muss größere Freiräume für Firmengründer schaffen. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen bedürfen weiterhin einer konsequenteren Förderung und eines besseren Schutzes«, betont Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Rainer Lindner. Lindner verwies in diesem Zusammenhang auf die 4. Deutsch-Russische Mittelstandskonferenz am 31. Mai 2011 in Moskau, die der Ost-Ausschuss mit weiteren Partnern organisiert. »Die ganze Welt beneidet Deutschland um seine kreativen mittelständischen Betriebe. In Moskau wollen wir darüber diskutieren, wie sich die deutsche Wirtschaft noch stärker am Aufbau eines russischen Mittelstandes beteiligen kann.«

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft wurde 1952 als älteste Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft gegründet. Der Ost-Ausschuss führt jährlich eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen, Unternehmerreisen und Konferenzen in und über 22 Länder Mittel- und Osteuropas durch. Die Organisation mit Sitz in Berlin versteht sich als Kompetenzzentrum der deutschen Wirtschaft für die osteuropäischen und zentralasiatischen Zukunftsmärkte. Dem Ost-Ausschuss gehören große Wirtschaftsverbände sowie 160 Unternehmen an.

Presse-Kontakt:

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Andreas Metz

Tel. 030 / 2028 – 1441

Mail: A.Metz@bdi.eu

www.ost-ausschuss.de

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de